

Wirtschaftsdienst

Deutscher Volkswirt

Herausgegeben von der Zentralstelle des Hamburgischen Kolonialinstituts

Der Wirtschaftsdienst erscheint wöchentlich einmal. Jahrespreis bei der Post und im Buchhandel 30.— Mark

In Kommission bei Otto Meißners Verlag in Hamburg. Schriftleitung: Hamburg 36, Rothenbaumchauffee 5. Fernsprecher: Hanfa 2447—51

Nr. 8

Hamburg, den 21. Februar 1919.

4. Jahrg.

Inhalt:

Deutschlands Eisen- und Stahlerzeugung im Kriege	Seite 145	Norwegen	Seite 157
Zum Tode des Fürsten Yamagata	147	Indien	159
Kriegseinwirkungen auf die Finanzen der Neutralen Staaten Europas	150	Weltwirtschaftliche Übersichten:	
Länder-Berichte:		Geld und Kapital	161
Deutschland	151	Schiffahrt und Schiffbau	164
England	152	Rohstoffe und Warenmärkte	166
Spanien	153	Vermischtes	166
Schweden	155	Wichtige Neueingänge	167

Deutschlands Eisen- und Stahlerzeugung im Kriege

Mit Beendigung des Krieges sind die Gründe in Wegfall gekommen, die die Veröffentlichung der industriellen Produktionsziffern bislang unmöglich machten. Die Zensur ist aufgehoben worden. Die Statistik der industriellen Erzeugung in den Kriegsjahren ist von Bedeutung als Grundlage zur Beurteilung der weiteren Entwicklung. Erst sie setzt uns ferner instand, uns ein genaues und zuverlässiges Bild der deutschen industriellen Leistungen im Kriege zu machen.

Was die Eisenerzförderung anbetrifft, so liegen die Zahlen allerdings erst für die Jahre 1914 und 1915 vor. Sie betrug in 1000 t (einschließlich Luxemburg):

	1913		1914		1915	
	t	%	t	%	t	%
Lothringen	21 134	58,81	14 021	54,96	10 756	45,22
Luxemburg	7 331	20,40	5 007	19,63	6 076	25,55
Siegerland	2 729	7,59	2 274	8,91	2 324	9,77
Lahn-Dill-Bezirk	1 103	3,07	911	3,57	1 132	4,76
Peine-Salzgitter	—	—	914	3,58	1 039	4,37
Sonstige Bezirke	3 645	10,13	2 385	9,35	2 459	10,33
	35 942	100	25 514	100	23 786	100

Aus dem Vergleich mit dem Friedensjahr 1913 ergibt sich, daß die Förderung von Eisenerzen etwa um ein Drittel gegen die Friedensförderung zurückgegangen ist. Dieser Rückgang verteilt sich allerdings nicht gleichmäßig auf die einzelnen Bezirke. Sowohl das Siegerland als auch das Lahn- und Dill-Gebiet und der Bezirk von Peine-Salzgitter haben im Kriege ihren Anteil an der Gesamtförderung erhöht. Der Lahn- und Dill-Bezirk zeigt sogar eine Steigerung der Förderung gegenüber der Friedenszeit auf.

Nach der mineralogischen Beschaffenheit stellte sich die Förderung folgendermaßen:

	1913		1914		1915	
	t	%	t	%	t	%
Minette	21 136	265	31,66	14 021	276	36,49
Brauneisenst.	10 755	525	30,84	10 755	525	30,84
unt 12 % Mang.	3 005	970	34,14	2 559	049	34,55
Manganerze	2 948	361	33,06	2 948	361	33,06
üb. 30 % Mang.	760	—	165	—	548	—

	1913		1914		1915	
	t	%	t	%	t	%
Brauneisenst.	330 037	22,86	356 557	21,88	348 501	23,27
v. 12-30 % Mang.	1 102 067	42,73	914 392	42,37	1 112 524	41,54
Roteisenst.	2 860 811	33,54	2 373 365	33,40	2 375 899	33,46
Spateisenst.	31 587	48,35	22 822	51,73	32 663	52,52
Magneteisenst.	57 827	33,48	65 990	34,69	64 147	32,43
Ton- u. Kohlen-	42 167	33,17	116 977	35,43	41 175	30,84
eisenst.	36 356	34,11	30 645	35,98	27 076	35,89
Flußeisenst.	4 066	26,31	4 064	30,00	3 270	19,18
Raseneisenerze	28 607	903	32,49	20 505	303	31,84
Farberze	17 709	580	22,20	17 709	580	22,20
zusammen	28 607	903	32,49	20 505	303	31,84

Danach weist Brauneisenstein von 12-13 v. H. Mangan einen Zuwachs gegenüber der Friedensziffer auf, ebenso Roteisenstein. Bekanntlich war Deutschland nach fast vollständiger Beseitigung der Zufuhren aus dem Auslande auf die eigene Erzeugung der für die Kriegführung dringend benötigten, manganhaltigen Erze angewiesen, weshalb Anstrengungen gemacht werden mußten, die vorhandenen Quellen so ausgiebig wie möglich auszuschöpfen. Rot- und Brauneisenstein sowie Spateisenstein sind in der Förderung nur unwesentlich zurückgegangen.

Der Wert der Eisenerzförderung stellte sich 1913 auf 3,71 M. pro t, insgesamt auf 133,4 Mill. M., 1914 auf 3,97 M. p. t und 101,3 Mill. M. insgesamt, 1915 auf 4,64 M. p. t und insgesamt 110,3 Mill. M. Die Zahl der im deutschen Eisenerzbergbau beschäftigten Arbeiter betrug 1913 rund 48 000, 1914 39 000 und 1915 32 000.

Aus der Statistik der Roheisenerzeugung scheint hervorzugehen, daß die entscheidende Bedeutung größter technischer Anstrengung für den Sieg erst verhältnismäßig spät, allem Anschein nach zu spät (1916), erkannt worden ist. In den ersten Kriegsmontaten freilich war ein plötzlicher großer Rückgang infolge der Störungen durch die Mobilmachung unvermeidlich. Aber auch nach Abwicklung der Mobilmachung zeigte die Roheisenerzeugung zunächst nur eine mäßige Steigerung. Sie betrug 1 1/2 Mill. t im Durchschnitt

der Monate Januar—Juli 1914; im Juli 1914 1 561 944 t. Im August 1914 sank diese Zahl dann auf 586 661 t, im September (tiefster Stand) auf 580 087 t; im Oktober stieg sie etwas auf 729 822 t. Im März 1915 wurden 938 438 t erreicht, im Juli 1915 die Million mit 1 047 503 t wieder eingeholt und ein wenig überschritten.

Der Jahresmenge nach stellte sich die Roheisenerzeugung 1913 bis 1918 (ausschl. Nov. und Dez. 1918) in 1000 t:

Jahr	Produktion	in % gegen 1913
1913.....	19 309	100,—
1914.....	14 390	74,52
1915.....	11 790	61,06
1916.....	13 285	68,80
1917.....	13 142	68,06
1918 (Jan.—Okt.)	10 807	67,09

Die hohe Prozentzahl des Jahres 1914 erklärt sich daraus, daß das erste Halbjahr noch in die Friedenszeit fällt. Der höchste prozentuale Anteil der Roheisenerzeugung während des Krieges im Vergleich zu 1913 wurde im Juni 1918 mit 73,45 % für diesen Monat erreicht. Geht man von der Jahresleistung aus, so wurden mit dem „Hindenburg-Programm“ nur 68,80 % als höchste Ziffer erzielt.

Nach Bezirken verteilte sich die Roheisenerzeugung wie folgt (in % der Gesamterzeugung):

	1913	1914	1915	1916	1917(Jan.—Okt.)	1918
Rheinl.-Westf.	42,51	45,94	43,81	43,28	45,14	47,65
Schlesien	5,15	5,93	6,60	5,90	5,72	5,64
Siegerl. u. Hessen-Nassau	5,15	4,88	6,70	6,54	7,36	7,72
Nord-Ost-Mittel-Deutschland.....	5,19	5,11	5,11	5,00	6,55	6,29
Süddeutschland ...	1,66	1,85	1,99	1,92	1,29	1,36
Saargebiet u. bayr. Rheinpfalz	7,10	6,63	6,80	7,12	6,84	6,36
Lothringen	20,04	16,39	15,42	15,51	15,37	13,83
Luxemburg	13,20	13,27	13,57	14,73	11,73	10,95

Demnach ist 1918 im Vergleich zu 1913 eine Steigerung des Anteils festzustellen für Rheinland-Westfalen um 5,14, für Siegerland und Hessen-Nassau um 2,57, für Schlesien um 0,49, für Nord-, Ost- und Mitteldeutschland um 1,10 v. H. Dagegen weisen Süddeutschland mit 0,30, das Saargebiet mit 0,14, Lothringen mit 6,21 und Luxemburg mit 2,35 v. H. einen Rückgang auf. Die entsprechenden Differenzen für die früheren Kriegsjahre weichen allerdings davon zum Teil etwas ab. Die Verschiebung des Anteils der einzelnen Gebiete erklärt sich daraus, daß die westlichen Grenzbezirke durch den Krieg ganz besonders in Mitleidenschaft gezogen worden sind. Sie waren Aufmarsch und Etappengebiet, Luftangriffen und anderen direkten Gefährdungen stark ausgesetzt.

Die lothringische Erzeugung betrug 1917 (in 1000 t): 2020 gegen 3870 i. J. 1913; sie war also um 47,80 v. H. geringer. Luxemburg produzierte 1917 (in 1000 t) 1542 gegen 2548 i. J. 1913; der Unterschied macht 39,49 v. H. aus. Der Saarbezirk produzierte (in 1000 t) 898 im Jahre 1917, 1913 aber 1371. Hier ist eine Einbuße von 34,47 v. H. festzustellen. Für die ersten 10 Monate des Jahres 1918 lauten die Produktionszahlen für Lothringen, Luxemburg und das Saargebiet nebst bayrischer Rheinpfalz (in 1000 t) 1495, 1184, 709. Rheinland-Westfalen erzeugte (in 1000 t) 1918 (Jan.—Okt.) 5149, 1917 5933 gegen 8209 i. J. 1913.

Was die hergestellten Sorten anbetrifft, so ist im Zusammenhang mit dem Kriegsbedarf eine Verschiebung eingetreten. Die Erzeugung von Bessemer Roheisen nahm ab (in 1000 t) von 369 im Jahre 1913 auf 130 i. J. 1917 und 116 i. J. 1918 Jan.—Okt.. Puddelroheisen ging sogar von 490 i. J. 1913 auf 195 i. J. 1917 und 142 in den ersten zehn Monaten 1918 zurück (in 1000 t gerechnet). Stahl- und Spiegeleisen, Ferromangan und Ferrosilizium wiesen mit 2446 i. J. 1917 und

2255 Jan.—Okt. 1918 gegen 2600 i. J. 1913 (in 1000 t) die größte Gleichmäßigkeit auf. Die Friedensziffer wurde fast wieder erreicht. Das hängt mit der Knappheit an Mangan zusammen. Durch Herstellung dieser Sorten in größerem Umfange wurden unsere Vorräte gestreckt.

Im Vergleich zum Roheisen entwickelte sich die Rohstahlerzeugung folgendermaßen (in 1000 t):

	Roheisenerz	Rohstahlerz	+ oder — der Rohstahlerz. gegen die Roheisenerz.
1913	19 309	18 935	— 374
1914	14 390	14 946	+ 556
1915	11 790	13 258	+ 1468
1916	13 285	16 183	+ 2898
1917	13 142	16 587	+ 3445
1918 (10 Mon.)	10 807	13 757	+ 2949

Die Rohstahlerzeugung hat also die Roheisenproduktion im Kriege weit übertroffen, während sie im Frieden weit hinter ihr zurückblieb. Ein ähnliches Bild ergibt die Statistik der Rohstahlerzeugung nach Jahresmengen und prozentualen Anteil an der Produktion des Jahres 1913 (in 1000 t):

Jahr	Produktion	in % gegen 1913
1913	18 935	100
1914	14 946	78,93
1915	13 258	70,02
1916	16 183	85,46
1917	16 587	87,60
1918 (Jan.—Okt.)	13 757	87,18

Es war also möglich, 1917 wieder 87,60 v. H. der jährlichen Friedenserzeugung zu erreichen. Die höchste Monatsleistung (August 1917) betrug sogar 94,58 v. H. der durchschnittlichen Monatsleistung 1913. Für Roheisen lauteten die entsprechenden Anteilzahlen wie angeführt: 68,80 als höchste Jahres- und 73,45 als höchste Monatszahl.

Die Roheisenerzeugung, die von der beschränkten Erzförderung abhängig war, hatte keine Aushilfsmittel zur Verfügung, um ein noch höheres Maß an Leistung zu erreichen. Die Stahlproduktion dagegen konnte durch stärkere Verarbeitung von Alteisen und Schrott im Wege des Martinverfahrens gesteigert werden. Der fehlende Schrott mußte wohl oder übel aus den besetzten Gebieten beschafft werden; die dort durch den Krieg vernichteten industriellen Werke boten dazu Gelegenheit.

Nach Sorten geordnet stellt sich die Rohstahlerzeugung folgendermaßen dar: (in 1000 t)

Stahlsorten	1913	1914	1915	1916	1917	1918 (10 Mon.)
Thomasstahl-Rohblöcke.....	10 630	8144	6529	7654	7295	5906
Bessemerstahl-Rohblöcke.....	155	100	165	175	174	146
Basische Martinstahl-Rohblöcke.....	7330	5946	5423	6580	7057	5999
Saure Martinstahl-Rohblöcke.....	283	274	249	277	218	172
Basischer Stahlformguß	254	211	462	768	666	517
Saurer Stahlformguß	109	87	198	431	829	716
Tiegelstahl	85	95	101	108	130	79
Elektrostahl	89	88	132	190	220	222

Der Anteil der verschiedenen Sorten an der Gesamterzeugung betrug: (in %)

	1913	1917	1918 (10 Mon.)
Thomasstahl-Rohblöcke.....	56,14	43,98	42,93
Bessemerstahl-Rohblöcke.....	0,82	1,05	1,06
Basische Martinstahl-Rohblöcke.....	38,71	42,54	43,61
Saure Martinstahl-Rohblöcke.....	1,50	1,31	1,25
Basischer Stahlformguß	1,34	4,02	3,76
Saurer Stahlformguß	0,58	5,00	5,20
Tiegelstahl.....	0,45	0,78	0,58
Elektrostahl	0,46	1,32	1,61

Die starke Erzeugung von Stahlformguß erklärt sich namentlich aus dem großen Bedarf für Stahlgußgeschosse und

U Bootbaustoffe. Die Elektrostahlerzeugung ging absolut betrachtet um 147 v. H. in die Höhe, die Tiegelstahlherstellung um 53,49 und die Bessemerstahlproduktion um etwa 12 v. H. im Jahre 1917 gegenüber 1913. Der Anteil der Thomasstahlerzeugung an der Gesamtproduktion ist zurückgegangen, auch der von saurem Martin Stahl; alle anderen Sorten weisen Zunahme des Anteils auf.

Die Übersicht nach Bezirken zeigt wieder, wie schon beim Roheisen, eine abnehmende Anteilziffer für die westlichen Grenzbezirke:

	Menge in 1000 t			Ant. a. d. Gesamterzeug. v. Fertigfabrikaten in %		
	1913	1917	1918	1913	1917	1918
	(10 Mon.)			(10 Mon.)		
Rheinland-Westfalen	10 112	9363	7828	53,40	56,45	56,90
Schlesien	1 407	1460	1226	7,43	8,80	8,91
Siegerland (Kreis Wetzlar) und Hessen-Nassau ...	388	324	255	2,05	1,95	1,86
Nord-, Ost-, Mittel-Deutschland	741	917	809	3,91	5,53	5,88
Königreich Sachsen	331	419	361	1,75	2,53	2,61
Süddeutschland	253	208	186	1,34	1,25	1,35
Saargebiet u. bayerische Rheinpfalz	2 080	1267	1012	10,98	7,64	7,36
Elsaß-Lothringen	2 286	1547	1223	12,08	9,33	8,89
Luxemburg	1 336	1082	857	7,06	6,52	6,23

Im Rheinland-Westfalen hat die Stahlproduktion absolut betrachtet 1917 gegen 1913 ein Minus von 7,41 v. H. aufzuweisen, für Süddeutschland von 17,65, Siegerland und Hessen-Nassau von 16,57, für das Saargebiet mit der Pfalz aber um 39 v. H., Lothringen um 32,33 v. H. und Luxemburg um 19,05 v. H. Schlesien, Nord-Ost- und Mitteldeutschland und das frühere Königreich Sachsen haben sogar ein Plus erlangt.

Die Herstellung von Walzwerkzeugnissen bietet folgendes Bild (in 1000 t):

	1913	1914	1915	1916	1917	1918 (10 Mon.)
Gesamtmenge	16 699	13 166	11 246	13 198	12 723	10 264

1914 betrug die Abnahme gegenüber dem Vorjahre 3533 oder 21 v. H., 1915 1920 oder 15 v. H., 1916 ist im Vergleich zum Vorjahre ein Plus von 1952 oder 20 v. H. festzustellen, 1917 wieder ein Minus von 475 oder 4 v. H. (in 1000 t).

An der Produktion beteiligten sich die verschiedenen Bezirke folgendermaßen:

	Menge in 1000 t			Ant. a. d. Gesamterzeug. v. Fertigfabrikaten in %		
	1913	1917	1918	1913	1917	1918
	(10 Mon.)			(10 Mon.)		
Rheinland-Westfalen	7933	5731	4230	57,07	59,90	59,56
Schlesien	1114	860	719	8,02	8,99	10,13
Siegerland (Kreis Wetzlar) und Hessen-Nassau	415	306	245	2,99	3,19	3,44
Nord- u. Mittel-Deutschland	562	483	381	4,04	5,05	5,36
Königreich Sachsen	258	146	136	1,86	1,52	1,92
Süddeutschland	190	126	104	1,37	1,32	1,46
Saargebiet u. bayr. Rheinpfalz	1 496	811	545	10,77	8,48	7,67
Elsaß-Lothringen	1 254	606	368	9,02	6,34	5,18
Luxemburg	676	499	375	4,86	5,21	5,28

Auf die verschiedenen Sorten entfielen (in 1000 t):

I. Produkte A	1913	1914	1915	1916	1917	1918 (10 Mon.)
Eisenbahnoberbau	2 470	1 876	1 425	1 181	1 007	886
Halbzeug	2 800	2 029	1 642	2 202	3 155	3 113
Träger	1 556	1 192	767	781	609	339
zus.	6 826	5 097	3 834	4 164	4 771	4 388

II. Produkte B

Stabeisen	4 430	3 537	3 329	3 941	3 109	2 487
Bandeisen	396	369	265	331	373	270
Walzdraht	1 158	927	754	1 043	936	681
Grobbleche	1 409	1 173	967	919	778	623
Mittel- u. Feinbleche	890	739	629	797	841	673
Weißbleche	83	86	93	58	60	26
Röhren	750	611	461	499	413	377
Rollendes Eisenbahngerät	374	277	192	233	268	207
Schmiedestücke ..	208	195	237	298	357	304
Sonstiges	177	164	488	913	845	226
zus.	9 875	8 098	7 415	9 034	7 952	5 876

Auffallend ist die Steigerung der Produktion von Halbzeug, die 1917 die Friedensmenge überholte und in den ersten 10 Monaten des Jahres 1918 größer war als im ganzen Jahre 1917. Die Zahl der Halbzeug herstellenden Betriebe erhöhte sich von 67 i. J. 1916 auf 97 i. J. 1918, für Eisenbahnmaterial ging sie von 42 auf 34, für Träger von 33 auf 28 zurück. Die Gesamtleistung an im Stahlwerksverband syndizierten Erzeugnissen (Produkte A) war in 10 Monaten 1918 noch um 224 587 t größer als im ganzen Jahre 1916.

Es ist häufig behauptet worden, daß Deutschland es versäumt habe, sein Übergewicht an Eisen und Stahl, das in der ersten Kriegszeit vorhanden war, rechtzeitig auszunützen. Der bekannte Fachmann Dr. ing. Schrödter hat in „Stahl und Eisen“ vom Jahre 1915, 4. Febr., dargelegt, daß sich bei Kriegsbeginn das Verhältnis der kriegführenden Parteien in Bezug auf Rohstahl wie 21,7 zu 18,6 stellte und auf Grund unserer militärischen Erfolge noch weiterhin wesentlich für uns verbesserte. Erst später bahnte sich durch die Beteiligung der Vereinigten Staaten an der Erzeugung von Kriegsbedarf für die Feinde und ihren Eintritt in den Krieg eine Entwicklung an, die diese Relation schließlich ins gerade Gegenteil verkehrte. Mögen jene Kritiker Recht haben, das Gesamtbild unserer Kriegisleistungen in der Eisen- und Stahlindustrie ist darum nicht weniger achtunggebietend, zumal wenn man bedenkt, daß Deutschland, von den Rohstoffen der Welt abgeschnitten, ganz auf sich allein gestellt war.

Dr. Alfred Schmidt-Essen

Zum Tode des Fürsten Yamagata

Japan an einem Wendepunkt seiner Geschichte

Nach einer Timesmeldung aus Japan ist der Vorsitzende des Genro, des Rates der Alten, Feldmarschall Fürst Yamagata (Aritomo), im 81. Lebensjahre ein Opfer der Grippe geworden.* Das Ende dieses seit dem Tode des Fürsten Ito, vielleicht auch schon zu dessen Lebzeiten, für den Lauf der japanischen Politik bestimmend gewesenen Vertreters der alten Schule kommt trotz seines hohen Alters unerwartet. Hatte doch der körperlich noch rüstige und geistig alle lebenden japanischen Staatsmänner um Haupteslänge überragende Mann noch anlässlich des Kabinettswechsels im September 1918, als sein Gefolgsmann Terauchi aus Gründen, die

im W. D. v. 4. 10. 18 geschildert wurden, dem Führer der Seiyunkai (Verfassungspartei), Hara, Platz machen mußte, wider Erwarten von neuem seinen Einfluß so geltend zu machen gewußt, daß die enttäuschte Volkspresse bald auch in Hara nur noch ein Werkzeug der Militär- und Bürokratenpartei erblicken zu müssen glaubte.

Japan ist zwar dem Buchstaben der Verfassung nach eine konstitutionell regierte Monarchie, es sind sogar Ansätze zum parlamentarischen System vorhanden, in Wirklichkeit aber wird es von einer militärischen Oligarchie, die im Genro, dem Rate der Alten, ihren durch die Verfassung nicht begründeten Ausdruck findet, in bürokratisch-absolutistischer Weise regiert. In diesem Rate, dem seit der Wiederaufrichtung der kaiser-

* Über die Personalien Yamagatas unterrichtet ein Beitrag im Jgg. 1918, S. 922.

lichen Gewalt die um den Thron verdientesten Staatsmänner angehören, standen sich nach dem Tode des Fürsten Ito und des Marquis Inouye Feldmarschall Yamagata als Vertreter des Choshu-Clans und der Finanzmann Marquis Matsukata als Vertreter des Satsuma-Clans gegenüber.

Seiner ganzen Veranlagung nach gegen die parlamentarische Regierungsweise eingenommen, deshalb auch als Ministerpräsident (1889–91) nicht fähig, ein Einvernehmen mit den Parteien herzustellen, hat Yamagata jeden Angriff von Presse oder Parlament auf das verfassungswidrige Regierungssystem des Rates der Alten, der schließlich vollständig unter seinen Einfluß geriet, mit seltenem Geschick abzuschlagen vermocht. Er war Meister in den Mitteln zur Knebelung der öffentlichen Meinung und der erfolgreichen Niederhaltung jeder demokratischen Regung. Dank einer umfangreichen Verwandtschaft und der Ergebenheit seines Clans, aus dem eine Reihe seiner fähigsten Anhänger in die höchsten Beamtenstellen des Reiches aufrückten, erstreckte sich sein Einfluß ebensowohl auf die Armee und die Kolonialverwaltung wie auf die maßgebenden Zivilämter, das Ministerium des Innern und das Erziehungswesen. Er führte auch den Vorsitz im geheimen Staatsrat. Seit seinem Rücktritt von den verfassungsmäßigen Regierungsgeschäften gefiel er sich in der Rolle des Ministermachers. Seine getreuesten Exponenten waren die Minister Katsura und Terauchi. Wenn er widerstrebend der öffentlichen Meinung hier und dort wirklich einmal eine kleine Konzession machen mußte, wie das besonders unter dem Ministerium Terauchi vorkam, so wußte er die Wirkung auch alsbald durch seinen Einfluß an höchster Stelle wieder aufzuheben. Der Verlust, den die Militärpartei und das bisherige System durch den Tod Yamagatas erleiden, und die Wirkung, die sein Abgang ausüben muß, werden dann erst recht klar, wenn man Umschau nach einem Ersatzmann hält. Der Choshu-Clan verfügt nicht über einen zweiten Mann von gleicher Autorität und gleichen staatsmännischen Fähigkeiten. Katsura ist tot, Terauchi infolge unvorsichtiger Äußerungen über die Verbündeten, einer unglücklichen inneren und äußeren Politik vorläufig unmöglich. Goto, gleichfalls ein waschechter Bürokrat, ist höchst unbeliebt und genießt nicht das Ansehen des alten Adels. Der Adoptivsohn Yamagatas, Isaburo, der zuletzt einen hohen Posten in der koreanischen Verwaltung bekleidete, ist ebensowenig zur Nachfolge befähigt, wie Ito's Sohn Miyoji es war. Aber auch die Gegenpartei der Satsumaner, die unter normalen Verhältnissen nun wohl ans Ruder kommen würde, verfügt nicht über starke Männer vom Schlage Yamagatas. Der um die japanische Währung hoch verdiente Matsukata ist nicht mehr energisch genug, Yamamoto durch den Marineskandal von 1914 kompromittiert. Eine Clan-Regierung im bisherigen Sinne dürfte damit wohl für die Zukunft schon aus Mangel an geeigneten Führern nicht so leicht mehr möglich sein. Der Satsuma-Clan hat aber einen starken Anhang in den Kreisen der Hochfinanz und des Wirtschaftslebens. Er beherrscht durch seinen Einfluß die kaiserliche Marine und den Schiffbau. In diesen Zusammenhang fallen die Krupp von Japan, die Familie Iwazaki, die Besitzer der großen Werften der Mitsubishi und Kawasaki sowie einige Großbanken. Zielte die Politik der Choshu-Leute in erster Linie auf die Stärkung von Japans Stellung auf dem Festlande und damit gegen China (früher auch gegen Rußland), so richtet sich die der Satsumaner nach dem Süden (Niederländisch-Indien), nach der hohen See und letzten Endes gegen die Vereinigten Staaten. Die Lage drängt die Leute von Satsuma zu einer Verständigung. Sie dürften dieselbe am leichtesten mit Okuma herstellen können. Er steht unter den alten Männern, die Japan groß gemacht haben, mit in vorder-

ster Reihe. Neben dem Grafen Itagaki ist er seit der ersten Hälfte der 80er Jahre bemüht, Japan eine parlamentarische Regierung auf der Grundlage des Parteiensystems zu sichern, ein Bestreben, das bislang an dem Einflusse Yamagatas scheiterte. In enger Verbindung mit Okuma befindet sich seit seiner Jugend Vicomte Kato, der auch dem Satsuma-Clan nahesteht und seit Okumas Rücktritt von der Regierung im Oktober 1916 als Führer der Kenseikai (siehe W. D. v. 4. 10. 18) auf das schärfste die Ministerien Terauchi und Hara bekämpft. Seit einiger Zeit machen nun sowohl Graf Okuma wie Vicomte Kato wieder in auffälliger Weise von sich hören. Während Kato in demokratischen Anwendungen aus den Zeichen der Zeit für seine Partei einen Vorteil zu deuten strebt, empfahl sich Okuma kürzlich durch ein in starken Tönen gehaltenes Friedensprogramm den nationalistisch gesinnten Kreisen Japans, nicht ohne bei den Verbündeten unliebsamen Verdacht zu erregen.

Unter die Genro wird auch Marquis Saionji gerechnet, wiewohl er seiner Geistesrichtung nach eigentlich nicht zu ihnen gehört. Er hat zwar gleichfalls hervorragenden Anteil an der Wiederaufrichtung der kaiserlichen Macht gehabt, brachte aber von einem zwölfjährigen Aufenthalte in Frankreich ziemlich demokratische Anschauungen mit, die er in einem eigenen Organ vertrat. Dieses mußte er freilich bald darauf aufgeben, mit der Zeit haben sich seine Ansichten auch wieder mit der japanischen Regierungsweise ausgesöhnt und er übernahm schließlich aus Ito's Händen die Führung der Seiyukai. Heute gilt er als „gemäßigt demokratisch“. Auch der derzeitige Ministerpräsident Hara, der seine politische Laufbahn dem Wohlwollen des Marquis Inouye (Choshu-Clan) verdankt, ist eine Zeit lang die rechte Hand von Ito gewesen. In diesen Zusammenhang gehört auch der zu den Waffenstillstandsverhandlungen delegierte Baron Makino, der 1913/14 Minister des Auswärtigen war. Wie sich nun das Schicksal des Ministeriums Hara gestalten wird, ob Okuma mit Unterstützung der Satsumaner erneut ans Ruder kommt, oder ob ein neuer Mann auftaucht, läßt sich, zumal bei einem Lande wie Japan, wo Überraschungen an der Tagesordnung sind, sehr schwer vorhersagen. Vom Abschneiden Japans bei der Friedenskonferenz, an der es durch Saionji vertreten sein soll, wird Vieles abhängen, mit dem Clan-Regiment dürfte es aber nun doch endgültig vorbei sein.

Es ist eine Fülle neuer höchst verwickelter Fragen, vor die das japanische Volk ziemlich unvermittelt durch die Zeitereignisse gestellt worden ist: Die Ausbreitung des Bolschewismus, der vollständige Zusammenbruch Rußlands und Deutschlands, der Siegeszug der Demokratie über die ganze Welt, Wilsons Ansichten über die Teilnahme der Völker an den Regierungsgewalten, der Völkerbund, alles das sind Probleme, die gerade für Japan von besonderer Tragweite sind. Dabei bleiben unter anderem noch offen: Japans politischer Kriegsgewinn, seine Stellung in China, Sibirien und der Südsee, das Problem der Auswanderung nach Nordamerika und Australien. Kein Wunder, wenn sich seit einiger Zeit auch in der Presse und bei den Staatsmännern dieses als nervenstark bekannten Volkes Zeichen von Nervosität geltend machen.

Die japanischen Reaktionen fürchten am meisten für die innere Ordnung des Reiches. Infolge des Umsturzes in den großen Kaiserreichen China, Rußland und Deutschland fühlt sich Japan als mehr oder weniger absolute Monarchie ziemlich isoliert. Während in früheren Zeiten derartige Befürchtungen durch einen Hinweis auf die soziale Rolle des japanischen Kaisertums gebannt werden konnten, ist heute angesichts der kapitalistischen Entwicklung und ihrer Gegenwirkungen im Lande ein solcher Hinweis nicht mehr durchschlagend. Um-

stürzlerische Ideen finden mehr und mehr gerade in dem wirtschaftlich schlecht gestellten geistigen Proletariat Japans Anklang. Die Reisunruhen im August und September des vergangenen Jahres haben eine Verbitterung der unteren Klassen enthüllt, die auch der Regierung gemäßigte Methoden in der Behandlung sozialer Bewegungen nahelegen mußte. Ein gewaltsamer Umsturzversuch erscheint selbst in Japan heute nicht mehr so ganz unmöglich. Daß er sich in Anbetracht der bisherigen Unterdrückungsmethoden der Regierung besonders blutig vollziehen würde, daran ist kein Zweifel. Einen Anstoß dazu könnten die enttäuschten Erwartungen geben, mit denen Japan voraussichtlich aus dem Weltkriege hervorgehen wird. Eine Bewegung, die verletztem Nationalgefühl ihr Entstehen verdankt, kann in Japan, wie die Ereignisse wiederholt gezeigt haben, leicht auf das soziale Gebiet überschlagen und zu un-absehbaren Folgen führen.

Die gespannte innere und äußere Lage des Landes fand ihren Ausdruck in den Debatten, die sich alsbald nach Eröffnung der Session des Abgeordnetenhauses im Januar 1919 an die Reden des Ministerpräsidenten Hara und des Außenministers Uchida anschlossen. Die unter den obwaltenden Umständen nur sehr allgemein gehaltenen Erklärungen der Minister konnten die gespannten Hörer nicht befriedigen. Indem Uchida für eine offene und ehrliche Politik Japans in China und Sibirien eintrat, die übrigens in der englischen Presse mit Genugtuung begrüßt wurde, rief er die Kritik Katos, des Führers der Kenseikai, und Inukais, des Führers der Kokuminto, hervor, die beide lebhaft gegen die Eisenbahnkontrolle der Amerikaner in Sibirien Verwahrung einlegten. Auch die Zurückhaltung des Ministeriums Hara in der Frage des Völkerbundes wurde lebhaft kritisiert und verlangt, daß das Volk über die Absichten der Regierung in dieser Frage besser unterrichtet werde. Der Ministerpräsident konnte nur antworten, daß zur Zeit eine Bekanntgabe der kaiserlichen Politik mit den nationalen Interessen kaum vereinbar sein würde. Während ein Teil der Presse dem Ministerium Hara übermäßige Nachgiebigkeit gegenüber England und den Vereinigten Staaten vorwirft, beklagen andere Blätter lebhaft den ungünstigen Eindruck, den die Zurückhaltung des japanischen Volkes bei den Freudenkundgebungen über die Niederlage der Zentralmächte auslösen müsse.

Einige japanische Demokraten, die freilich unter einem Volke mit so kriegerischen Instinkten noch seltenes Gefieder sind, erhoffen vom Völkerbund, wenn er ehrlich verwirklicht werde, eine Entspannung auch der innerpolitischen japanischen Lage. Einmal von der Herrschaft der Militärkaste befreit, hoffen sie auf eine Abkühlung des gelegentlich bis zur Siedehitze aufgepeitschten Nationalgefühls und ein Abebben der imperialistischen Strömungen im Volke. Daß damit nach innen und außen weniger Veranlassung zu Reibereien geboten würde, leuchtet ein. Diese Betrachtungsweise erinnert freilich stark an des Fuchses saure Trauben. Löst doch die überragende Stellung der Vereinigten Staaten, die auch auf die Lage im Fernen Osten nicht ohne Rückwirkung bleiben konnte, sehr bittere Betrachtungen, selbst Zweifel an der Richtigkeit der befolgten Kriegspolitik in der japanischen Presse aus. Dieselben gehen gelegentlich so weit, daß die über Erwarten gründliche Niederlage der Zentralmächte auch im japanischen Interesse offen bedauert und nach allgemeineren Gründen für den in solchem Umfange nicht erwarteten Sieg der Verbündeten gesucht wird. Ein Teil der japanischen Presse verfehlt denn auch nicht, im Bolschewismus neben den Kriegseinstellungen den Hauptgrund des Erfolges der Verbündeten zu erblicken.

Das Japan Financial and Economic Monthly, ein offizielles Organ, gibt im Leitartikel der Novembernummer 1918 der

japanischen Stimmung bei Bekanntwerden des Kriegsausganges wie folgt Ausdruck:

„Im Verlauf des Krieges hat sich bei einem Teil der öffentlichen Meinung zunächst nur zaghaft, nichtsdestoweniger aber hartnäckig die Ansicht festgesetzt, daß ein vollständiger Sieg der Verbündeten über die Zentralmächte der Zukunft unseres Reiches keinesweg förderlich sein würde. Nachdem sich Deutschlands Schicksal in viel tragischerer Weise erfüllt hat, als erwartet wurde, hat diese Überzeugung in den betreffenden Kreisen noch mächtig an Boden gewonnen. Nach Ansicht dieser Leute war vom Standpunkte Japans aus zu wünschen, daß der Krieg mit einer Remispartie oder mit der Erschöpfung der beiden Gegner endete, damit England und Deutschland sich nach wie vor das Gleichgewicht halten konnten. In ihren Augen stellt eine beträchtliche Zunahme des englischen oder amerikanischen Einflusses im Fernen Osten oder in Sibirien eine schwerere Bedrohung für Japan dar als ein Machtzuwachs Deutschlands oder Österreichs, weil die Kollisionsmöglichkeiten in den bezeichneten Gebieten mit England und den Vereinigten Staaten ungleich größer sind als mit den Zentralmächten. Zugleich hegen die so Denkenden gewisse Befürchtungen wegen der Wirkung des von England und den Vereinigten Staaten vorgeschlagenen Völkerbundes. Sie machen geltend, daß er nichts weniger als die Sicherstellung der angelsächsischen Weltherrschaft auf militärischem, politischem und wirtschaftlichem Gebiete bezwecke. Selbst wenn dazu nicht die Absicht vorliegen sollte, so werde die Einrichtung des Völkerbundes doch in der Tat die geschilderte Wirkung haben. Man müsse sich deshalb darauf gefaßt machen, daß die Angelsachsen für geraume Zeit die ganze Welt beherrschen. In diesem Falle würde natürlich mit der ganzen bisherigen Bündnispolitik der Großmächte auch das englisch-japanische Abkommen, der Angelpunkt der japanischen Politik, hinfällig werden. Nach dem Zerfall Rußlands und der Niederlage Deutschlands habe das englisch-japanische Bündnis seine Existenzberechtigung ja auch verloren, da die Staaten, gegen die man sich vorsehen mußte, schachmatt gesetzt seien. Die Aufrichtung des Völkerbundes werde also in Tat und Wahrheit nichts anderes bedeuten, als eine angelsächsische Weltherrschaft. Mit ihrer Ausbreitung werde der Zusammenstoß amerikanischer und japanischer Interessen im Pacific und der Gegensatz amerikanisch-englischer und japanischer Interessen in China sich unaufhaltsam in einer für Japan höchst abträglichen Richtung zuspitzen. Zudem sei noch die Frage offen, ob der Völkerbund auch die Schranken endgültig beseitigen werde, die der japanischen Einwanderung nach dem amerikanischen und australischen Kontinent im Wege stünden.“

In seiner Replik wendet sich der Verfasser zwar scharf gegen solch' pessimistische Anwendungen. Unter etwas verändertem Gesichtswinkel verleiht aber auch er ähnlichen Befürchtungen Ausdruck, indem er auf die Möglichkeit imperialistischer Neigungen der englischen und amerikanischen Demokratie anspielt. „Es ist eine für die künftige Weltpolitik zweifellos sehr belangreiche Frage, in welchen Formen sich die demokratischen Ideen in den in Frage stehenden Ländern auswirken werden. Während sich die Demokratien Deutschlands und Rußlands einen sozialistischen Anstrich geben, scheinen die demokratischen Anschauungen der Engländer und Amerikaner mehr in der kapitalistischen Wirtschaftsweise zu wurzeln. Wenn das zutrifft, so kann man sich darauf gefaßt machen, daß im Verlauf der weiteren Verwirklichung ihres demokratischen Ideals die sich auf eine kapitalistische Demokratie stützenden Wirtschaftsgebiete eine gewaltsamere Entwicklung

nehmen werden, als es im Falle von Deutschland und Rußland zu erwarten ist. Und wenn nun eineso geartete Entwicklung, die ihre Stütze in den jüngsten kriegerischen Erfolgen findet, nicht eingedämmt werden kann, so mag das, was die oben erwähnten Kritiker des Völkerbundgedankens befürchten, die Folge davon sein. Wir selbst möchten jedoch“, so schließt der Verfasser, „gerne glauben, daß diese Befürchtungen unbegründet sind, und die von England und den Vereinigten Staaten ins Leben gerufene

Liga offen und ehrlich gegenüber allen Völkern handeln wird. Wir glauben, daß sie beispielsweise auch gegen alle wirtschaftlichen oder sonstwie gearteten Verständigungen oder Bündnisse einzelner Mitglieder unter sich Stellung nehmen wird.“

Kann man der Beklemmung, die auf japanischen Gemütern lastet, in verblümter Form besser Ausdruck verleihen?

Dr. Arthur Heber

Kriegseinwirkungen auf die Finanzen der Neutralen Staaten Europas*)

VI. Schweiz

Die eigentlichen Mobilisationskosten der Schweiz beliefen sich Ende August 1918 auf ungefähr 954 Mill. fr. Im August 1918 schätzte der Bundesrat, daß diese Summe Ende des Jahres 1070 Mill. betragen würde unter der Voraussetzung, daß der Bestand der aufgetriebenen Truppen ungefähr gleich bliebe. Zu dieser Summe sind die Fehlbeträge der Verwaltungsrechnungen von 1914—1917 sowie der für 1918 veranschlagte Ausgabenüberschuß hinzuzufügen; dieser letztere dürfte sich infolge der nachträglich den Arbeitern und Angestellten gewährten Teuerungszulagen noch erhöhen (zusammen mindestens 180 Mill. fr.). Mithin wird die Summe der schweizerischen Kriegsschuld Ende 1918 etwa 1250 Mill. fr betragen haben.

Die Schweiz hat neun Mobilisationsanleihen begeben, deren Bedingungen jedesmal nach der Marktlage verschieden waren. Außerdem wurde in Amerika im März 1915 ein Posten von 15 Mill. \$ ein, drei- und fünfjähriger Notes untergebracht. Unter Berücksichtigung der 1917 erfolgten Rückzahlung der ersten Mobilisationsanleihe sowie der gleichfalls rückgezahlten 10 Mill. \$ Noten ergibt sich für Ende September 1918 eine konsolidierte Schuld von insgesamt 827,4 Mill. fr (Ende 1913: 146,27 Mill.). Hinzu kommt die schwebende Schuld, die in Form von dreimonatigen Schatzwechseln aufgenommen und von der Nationalbank diskontiert bzw. zum Teil an andere einheimische Banken weitergegeben wurde. Diese betrug Ende August 1918: 441 Mill., daß heißt mehr als die Hälfte der konsolidierten Schuld; dagegen hatte Ende 1913 der Bund keine schwebenden Schulden. Ein ansehnlicher Teil der aus der Diskontierung der Schatzwechsel stammenden Mittel stellt das Betriebskapital der kaufmännischen Organisationen des Bundes dar (Ende August 1918: 354 Mill. fr) Von den finanziellen Maßnahmen, die die Eidgenossenschaft zur Deckung dieser schweren Lasten traf, sind folgende zu nennen: im Herbst 1914 wurden einige Abgaben (Post- und statistische Gebühren usw.) erhöht; 1915 und 1916 wurde die erste Kriegsteuer erhoben, deren Ertrag sich auf mehr als 125 Mill. fr belief, wovon 95 Mill. an die Eidgenossenschaft fielen und ein Viertel den Kantonen zugeteilt wurde. Fernerhin wurden die Post-, Telefon- und Telegrafengebühren erheblich erhöht. Die Kriegsgewinnsteuer von 1917 erbrachte bis Ende August 1918: 194,35 Mill. fr. Der Jahresertrag des am 1.4.1918 in Kraft getretenen Stempelgesetzes wird auf 12—15 Mill. geschätzt; ein Fünftel hiervon fällt den Kantonen zu.

Der sozialdemokratische Antrag auf Einführung einer dauernden direkten Bundessteuer wurde Mitte vorigen Jahres durch Volksbeschluß verworfen, hingegen hat der Nationalrat einen Antrag des Bundesrats auf Wiederholung der Kriegsteuer angenommen; diese Steuer, die 500 Mill. erbringen soll, wird innerhalb bestimmter Zeitabstände erhoben werden. Es wird vielfach die Befürchtung ausgesprochen, daß durch die Aufbürdung nahezu der gesamten Kriegslasten auf

die gegenwärtige Generation die wirtschaftliche Entwicklung des Landes nicht unerheblich gefährdet wird, besonders in Anbetracht des gewaltigen Kapitalbedarfs, den das Land nach dem Kriege haben dürfte. Nachstehend einige Angaben über die Mobilisationsanleihen:

	Zeitpunkt der Begebung	zur Zeichn. aufgelegt in Mill. fr	gez. Betrag in Mill. fr	Zinssatz %	Ausgabekurs %
1. Anleihe	August 1914	30	41,9	5	99
2. "	Novbr. 1914	50	179,1	5	100
3. "	Juli 1915	100	190,6	4,5	96,5
4. "	Februar 1916	100	148,7	4,5	97,5
5. "	Juni/Juli 1916	100	151,6	4,5	97
6. "	Januar 1917	100	161,3	4,5	96
7. "	Juni/Juli 1917	100	150,4	4,5	96
8. "	Januar 1918	150	151,5	5	100
9. "	Septbr. 1918	100	117,1	5	99,5

Die Zahl der Zeichner schwankte von über 16 000 bei der ersten Anleihe bis über 31 000 bei der achten Anleihe. Der durchschnittliche Zeichnungsbetrag auf die Bevölkerung betrug als Mindestbetrag 2509 fr bei der ersten Anleihe und als Höchstbetrag 7123 fr bei der fünften Anleihe.

Fernerhin beläuft sich der Gesamtbetrag der schon genannten in Amerika zur Zeichnung aufgelegten Notes auf 15 Mill. \$, deren Ausgabekurs zwischen 95 $\frac{3}{4}$ % und 99 $\frac{5}{8}$ % schwankte.

Von Steuern erbrachten die eidgenössische Kriegsteuer bis 31. 8. 18: 95 Mill., die Kriegsgewinnsteuer 194,35 Mill. sowie die freiwillige Kriegsteuer 310 000 fr. Die Summe der außerordentlichen Kriegsteuern beträgt mithin nahezu 290 Mill. bis 31. 8. 18. Die Erträge aus Maßnahmen betreffend Ein- und Ausfuhrbewilligungen erbrachten 1918: 34,44 Mill., sowie die Gewinnerträge der Ein- und Verkaufsorganisationen 38,8 Mill. Vom Kapitalverbrauch der Eidgenossenschaft sei erwähnt, daß die Kriegsmobilmachungskosten bis zum gleichen Datum 953,97 Mill., die Vorschüsse für die Internierung von Kriegsgefangenen, Kranken und Verwundeten 7,1 Mill., die in kommerziellen Unternehmungen für die Versorgung der Zivilbevölkerung angelegten Gelder 354 Mill., die Bankguthaben in Nordamerika 24,5 Mill. betrugen.

Die außerordentliche Kriegsteuer auf Kriegsgewinne erbrachte bis 31. 8. 18 in den einzelnen Steuerperioden folgende Beträge:

	in Mill. fr
1915	20,13
1915/16	30,76
1916	52,37
1916/17	60,78
1917	25,2
1917/18	4,27
1918	0,1

An Hand des provisorischen Ertrages der ersten eidgenössischen Kriegsteuer wurde festgestellt, daß auf die 25 Kantone für das Jahr 1915: 3,88 Mill. Einwohner entfallen und die Zahl der Steuerpflichtigen 0,366 Mill. Köpfe bzw. 9,12 % der Wohnbevölkerung beträgt. Der provisorische Steuerertrag der natürlichen Personen ist 90,95 Mill. fr, derjenige der juristischen Personen 31,89 Mill. fr, sodaß die

*) Vgl. „W.-D.“ Nr. 49 v. 6. 12. 18, Nr. 1 v. 3. 1. 19, Nr. 3 v. 17. 1. 19, Nr. 5 v. 31. 1. 19.

Steuerleistung auf den Kopf der natürlichen Personen 23,4 fr, der juristischen Personen 8,2 fr beträgt.

Die Stempelsteuer von April 1918 erbrachte bisher folgende monatlichen Beträge:

April 1918	0,613 Mill.
Mai	1,858 „
Juni	0,736 „
Juli	1,843 „
August	1,777 „

Deutschland

Deutschland als Käufer auf dem Weltmarkt

Wenn auch das in jeder Hinsicht ausgehungerte Deutschland selbst in erster Linie neue Zufuhr erschnen muß, so sollten doch unsere Feinde, in deren Händen jetzt das Schicksal der Welt ruht, bedenken, daß sie Deutschland als Käufer auf die Dauer nicht werden entbehren können. Im folgenden wird der Versuch unternommen, den Anteil Deutschlands am Weltkonsum zahlenmäßig festzustellen.¹⁾ Bei der Unvollkommenheit des Vergleichsmaterials, das die internationale Statistik bietet, kann das Bild nur ungenau ausfallen und muß manche Lücken aufweisen. Auch haben die Friedensziffern, um die allein es sich handelt, nur bedingten Wert; denn der Bedarf unserer Volkswirtschaft und unsere finanzielle Leistungsfähigkeit haben sich infolge der umwälzenden Kriegsjahre mit Revolution und Niederlage verändert. Falls wir an Gebietsumfang verlieren, wird eine weitere Verschiebung eintreten; namentlich durch die Abtretung wichtiger Industrieprovinzen.

Nach vier Gruppen stellte sich die deutsche Einfuhr vor dem Kriege folgendermaßen:

Jahr	I. Rohstoffe für Industr.-Zwecke einschl. d. halbfertigen Waren	II. Fertigwaren	III. Nahrungs- u. Genußmitt.	IV. Vieh
	Wert in Mill. M. % der Einf.	Wert in Mill. M. % der Einf.	Wert in Mill. M. % der Einf.	Wert in Mill. M. % der Einf.
1910....	5083,3 56,9	13760,9 15,3	2215,7 24,8	267,2 3,0
1911....	5270,8 54,3	1442,5 14,8	2761,1 28,4	231,6 2,5
1912....	5382,1 55,0	1608,8 15,0	2944,9 27,6	256,0 2,4
1913....	6242,3 58,0	1478,8 13,7	2759,5 25,6	289,7 2,7
Durchschn. 1906-1913	5081,8 55,6	1388,2 15,2	2412,8 26,4	251,5 2,8

Nach Harms wurden an Nahrungs- und Genußmitteln sowie Vieh pro Kopf der Bevölkerung eingeführt 1900 für 31,3, 1910 für 38,3 und 1913 für 39,1 M. Die Getreideeinfuhr Deutschlands 1901-1913 stellte sich (in Mill. M.) wie folgt:

Art	1901	1905	1910	1913
Weizen....	282,7	329,4	377,3	417,3
Roggen...	89,5	69,0	42,5	42,2
Gerste....	105,4	189,5	310,0	390,4
Hafer....	47,3	107,1	47,2	60,4
zusammen	524,9	694,0	777,0	910,3

Aus nachstehender Tabelle geht die Mehreinfuhr Deutschlands (im Vergl. zur Ausfuhr) für das Getreide hervor sowie der Anteil dieser Mehreinfuhr an der Welterzeugung für Getreide (in Mill. t):

	Weltproduktion	Mehreinfuhr Deutschlands	Ant. d. Mehreinfuhr Deutschlands an der Weltprod. in %
	1912 1913	1912 1913	1912 1913
Weizen....	111,59 118,49	1,62 1,93	1,4 1,7
Gerste....	40,46 43,17	3,31 2,90	8,3 6,8
Hafer....	75,62 73,79	0,20 0,14	0,3 0,2
Mais.....	119,51 104,41	0,92 1,08	0,8 1,0

Für Kartoffeln lauten die entsprechenden Zahlen:

	Weltproduktion	Mehreinfuhr Deutschlands	Ant. d. Mehreinfuhr Deutschlands an der Weltprod. in %
	1912 1913	1912 1913	1912 1913
	148,60 148,06	1,13 0,20	0,8 0,1

Was die Kolonialwaren anbetrifft, so waren wir 1910 bis 1913 nur mit 0,25 Mill. t an dem Konsum von Rohrzucker beteiligt, das ist 2,8 v. H. der Welterzeugung von 9,22 Mill. t. Im übrigen bietet sich folgendes Bild (in Mill. t):

	Konsum der wichtigsten Staaten ²⁾	Konsum Deutschlands	Anteil Deutschlands am Weltkonsum
	1911 1912	1911 1912	1911 1912
Kaffee....	0,8659 0,8023	0,182 0,168	20,0 21,25
Tee.....	0,192 0,187	0,004 0,004	1,5 1,5
Kakao....	0,235 0,256	0,055 0,051	23 20

¹⁾ Im Anschluß an Untersuchungen von Dr. Henningsen im „Weltwirtschaftlichen Archiv“ Jan. und April 1916 und Harms, Deutschlands Anteil an Weltkonsum und Weltwirtschaft.

²⁾ Großbritannien, Vereinigte Staaten, Niederlande, Deutschland, Österreich-Ungarn, Frankreich, Belgien, Italien.

Mit seinem Kaffeeverbrauch nimmt Deutschland die zweite Stelle ein, wenn man von der absoluten Menge ausgeht, gleich hinter den Vereinigten Staaten. 1906-1910 verbrauchte Deutschland 189 Mill. kg, die Vereinigten Staaten 1907-1910 300 Mill. kg. Hinsichtlich des Verbrauchs pro Kopf stand Holland mit 7,02 kg 1911-1912 an der Spitze, es folgten die Vereinigten Staaten mit 4,20 kg, Belgien mit 3,68 kg, Frankreich mit 2,81 kg und Deutschland mit 2,66 kg.

Deutschlands Teekonsum wurde durch Großbritannien mit 134 031 t und die Vereinigten Staaten mit 45579 t Verbrauch 1912 weit übertroffen. Pro Kopf verbrauchte Deutschland 1911/1912 0,06 kg Tee, Großbritannien dagegen 2,93 und die Vereinigten Staaten 0,47 kg.

Der Kakaoverbrauch pro Kopf der Bevölkerung betrug 1911/12 in Deutschland 0,75, in Frankreich 0,69, in den Vereinigten Staaten 0,52 und in England 0,51 kg. Dagegen wurde Deutschland durch Holland mit 4,03, durch die Schweiz mit 2,65 kg überholt. Deutschlands Kakaoconsum pro Kopf steigerte sich von 0,38 kg 1901-1905 auf 0,57 kg 1906-1910 und 0,75 kg 1911-1912.

Für Reis lassen sich nur auf ziemlich groben Schätzungen beruhende Angaben über die Welterzeugung machen. Sie stellte sich danach im Durchschnitt der Jahre 1909-1913 auf 55 634 000 t. Deutschland führte 1912 0,25 und 1913 0,39 Mill. t ein. Sein Anteil an der durchschnittlichen Welterzeugung in den letzten 5 Friedensjahren machte somit 0,6 v. H. aus.

Die Welterzeugung von Tabak betrug (nach „In en Uitvoer“, Amsterdam, Nr. 50 v. 12. 12. 17) 3 233 000 t 1912 und 3 718 000 t 1913. Bei einer Mehreinfuhr Deutschlands von 79 000 t 1912 und 81 000 t 1913 belief sich der Anteil des deutschen Verbrauchs an der Welterzeugung (abgesehen von der Eigenerzeugung) auf 2,5 bzw. 2,2 v. H.

Der Verbrauch Deutschlands für industrielle Zwecke erhellt aus folgenden Angaben:

	Welterzeugung	Einfuhr bzw. Mehreinfuhr Deutschlands	Ant. der Einfuhr bzw. Mehreinf. an d. Welterzeugung
	1911/12 1912/13	1911/12 1912/13	1911/12 1912/13
Baumwolle (in 1000 B.)...	24 968 27 232	1770 1580	7,1 5,8
Rohseide (in 1000 t) Europa...	4,94 5,45		
außer „	19,63 21,30		
zusammen...	24,57 26,75		12,4
Roherze (in Mill. t)	1912 1913	1912 1913	1912 1913
Blei.....	1,252 1,220	6,056 0,042	4,3 3,5
Kupfer.....	1,019 1,006	0,193 0,218	19,3 21,8
Zinn.....	0,125 0,129	0,009 0,008	7,0 6,2
Aluminium....	0,063 0,068	0,016 0,013	28,6 19,1
Erdöl (in Mill. t)...	46 761 50 798	0,993 1,498	2,1 2,9

Nach dem Werte stellte sich die Einfuhr von Rohmaterial für industrielle Zwecke auf folgende Summen (in Mill. M.):

	1909	1910	1911	1912	1913
Kupfer.....	189,8	216,2	231,0	313,0	335,3
Eisenerze.....	126,6	161,3	178,6	201,1	227,1
Erdöl, gereinigt.....	63,0	55,0	46,8	62,9	69,9
Zinn, roh, Bruchzinn..	36,7	43,8	55,3	64,9	58,2
Schmieröl, mineralische Öle..	29,6	29,0	35,0	41,3	45,8
Baumwolle, roh.....	532,2	560,9	604,1	579,8	607,1
Schafwolle, roh.....	356,8	398,8	371,7	405,9	412,7
Jute, roh; Jutewerg....	51,6	42,3	62,3	74,7	94,0
Wolle, gekämmt.....	85,7	79,6	74,5	86,1	61,4
Flachs, roh, gebrochen geschwungen.....	36,1	40,8	45,6	67,7	57,6

	1909	1910	1911	1912	1913
Rohseide, ungefärbt	157,8	147,5	136,4	146,9	158,0
Rinds- und Büffelhäute	168,2	206,6	207,2	250,8	321,8
Felle zu Pelzwerk	217,5	210,3	161,7	194,8	187,8
Kalbfelle	83,9	73,3	75,4	84,2	94,7
Lamm-, Schaf-, Ziegen-, Zickel- felle	60,3	51,6	48,6	62,0	72,6

	1909	1910	1911	1912	1913
Därme, Magen, Blasen	51,8	53,9	55,3	55,6	59,3
Kautschuk, Guttapercha	153,8	270,4	194,6	184,8	146,8
Nadelholz, geprägt	106,3	123,2	135,4	151,2	135,3
Nadelholz, roh	81,5	84,4	92,9	96,7	97,0

A. S.

England

Demobilmachung und Arbeiterfrage

In stetig zunehmendem Maße zieht die Demobilisations- und Arbeiterfrage in England das allgemeine Interesse auf sich und macht die sorgfältigste Behandlung von Seiten der Regierung erforderlich. Fast unüberwindliche Schwierigkeiten haben sich im Verlaufe des Januar in beiden Problemen, die innerlich eng zusammenhängen, ergeben. Auf der einen Seite drängen die Soldaten auf Entlassung, auf der anderen Seite will der Arbeiter zu Hause seine Stellung dem zurückkehrenden Soldaten nicht räumen, und endlich bringt das bolschewistisch durchsetzte Militär revolutionäre Gedanken auch in die englische Arbeiterschaft hinein. Von den Unbotmäßigkeiten, die die englischen Soldaten sich zu Schulden kommen ließen, und die auch in Köln und in Frankreich ziemlich schwerer Art gewesen zu sein scheinen (nach „Times“ v. 15. Januar „stellten sie das Einbringen der Früchte des Sieges in Frage“), hört man freilich weniger. Aber die Schwierigkeiten sind nicht geringer geworden. Der ganze Demobilisationsplan, den die englische Regierung aufgestellt hatte, mußte über den Haufen geworfen werden. Er beruhte bekanntlich im Gegensatz zu dem französischen, der nach Jahrgängen die Demobilmachung eintreten ließ, darauf, daß zunächst die für das Ingangsetzen der Friedensindustrie wesentlichen Arbeiter (pitaval men), dann solche, die Stellungen finden konnten (elip men) entlassen würden, während die übrigen bei den Fahnen verbleiben und das Okkupationsheer bilden sollten. Dadurch hoffte man, Arbeitslosigkeit in der Heimat zu vermeiden und die Industrie am raschesten wieder in Gang setzen zu können. Der schön ausgedachte Plan erwies sich jedoch praktisch als undurchführbar.

Die Gruppe der wesentlichen Arbeiter konnte trotz ihrer theoretischen Wichtigkeit großenteils keine Beschäftigung finden. So brachen die ersten Streiks im Kohlenbergbau deshalb aus, weil dort die im Kriege als Ersatz eingestellten Arbeiter den als pivotal men ersten Ranges sofort entlassenen gelernten Kohlenarbeitern Platz machen sollten. Ferner entstand Unzufriedenheit beim Militär, weil Mannschaften, die erst spät eingetreten waren, eben weil sie für die Industrie von Wichtigkeit waren, nun auch wieder zuerst zur Entlassung gelangen sollten. Der Soldat argwöhnte ungerechte Bevorzugung. Dazu kamen noch technische Büroschwierigkeiten, Fehler von Arbeitsbörsen usw. Ein neuer Demobilisationsplan wurde daher von Geddes, Haig und Churchill ausgearbeitet, seine Einzelheiten sind nicht bekannt geworden. Man hat nur erfahren, daß er eine Verbindung des englischen und französischen Systems derart vorsieht, daß zunächst die älteren Jahrgänge und die von der Industrie gebrauchten Arbeiter entlassen werden. Ferner soll niemand bei den Fahnen gehalten werden, der vor 1916 eingetreten ist und oder das 37. Lebensjahr überschritten hat. Der Rest (etwa 900 000 Mann) bleibt als Okkupationsheer. Die Entlassungen wurden mit Hochdruck betrieben; bis Ende Januar waren bereits rund eine Million entlassen, nach den letztverfügbaren Meldungen am 7. Februar 1 208 630 Mann. Während nach Abschluß des Waffenstillstandes nur 8000 bis 10 000 Mann

täglich zur Entlassung kamen, gelang es, die Zahl der Demobilisierten Ende Januar auf täglich 38 000 zu bringen, ein Tempo, das sich anscheinend nicht länger hat durchhalten lassen, denn in der ersten Februar-Woche kamen durchschnittlich nur mehr 24 000 zur Entlassung. Unter diesen Umständen werden die noch zu demobilisierenden 1 400 000 Mann nach neuester Schätzung nicht vor Anfang Mai in ihrer Gesamtheit der Heimat wiedergegeben sein. Die Hauptschuld an der Verschleppung der Demobilmachung tragen die französischen Bahnen, deren Zustand besonders in dem besetzten Gebiet jeder Beschreibung spottet. So dauert die Entlassung von Leuten aus Köln länger (etwa 30 Tage) als von Mannschaften aus Saloniki (25 Tage). Eine weitere Verlangsamung verursacht der Umstand, daß mit wachsenden Entlassungen die militärischen Einheiten kleiner werden, und ihre Reorganisation Zeit in Anspruch nimmt.

Auch die Wiederaufnahme der Arbeitskräfte in der Industrie läßt offenbar sehr zu wünschen übrig. Hierüber sind kürzlich in England Mitteilungen gemacht worden. Als Grundlage für die Statistik dient hierbei die Arbeitslosenunterstützung, die die englische Regierung während der Übergangswirtschaft zahlt. Nach den Gesetzesbestimmungen erhält jeder entlassene Soldat ohne weiteres eine Police, ebenso kann sich jeder Arbeiter, der vor dem 25. August 1918 in einer der Sozialversicherung unterliegenden Tätigkeit beschäftigt war, eine solche ausstellen lassen. Dies geschieht in letzterem Falle sofort, wenn er seinen Arbeitsplatz infolge der Demobilmachung der Industrie verliert. Der Arbeitslose reicht seine Police bei der Arbeitsbörse ein und erhält bei täglicher Unterschrift eines Präsenzscheines seine Unterstützung. Die Zahl der ausgestellten Policen bedeutet somit die der Demobilisierten, die Zahl der eingereichten Policen die der Arbeitslosen. Vom 25. November, dem Tag des Inkrafttretens des Gesetzes, bis zum 10. Januar, dem letzten Tag für den genaue Zahlen vorliegen, wurden 819 000 Policen ausgestellt. Von diesen Policen waren jedoch ca. 100 000 an beurlaubte Soldaten ausgegeben, die erst nach Beendigung ihres Urlaubs (28 Tage) Anspruch auf Unterstützung haben. So beläuft sich die Gesamtsumme der Berechtigten auf 719 000. Davon waren in den Händen der Arbeiterbörsen am 10. Januar 449 000, darunter rund 417 000 ehemalige Kriegindustriearbeiter und fast 32 000 ehemalige Soldaten. Von den Arbeitern hatten also 417 000 keine neue Arbeit gefunden. Von Woche zu Woche wächst die Zahl der Arbeitslosen. In der am 10. Januar abschließenden Woche wurden 69 000, in den beiden vorhergehenden nur je 55 000 Arbeitslose neu gemeldet, und da die Entlassungen inzwischen rascher vor sich gingen, wird die Zahl sich noch ungünstiger gestalten haben.

Es ist nach alledem klar, daß der Arbeitsmarkt nicht in der Lage ist, die frei werdenden Arbeitskräfte zu absorbieren. Diese Verhältnisse bilden offensichtlich den Hauptgrund für die Streikbewegung, denn selbst die Frage der Verkürzung des Arbeitstags wird allgemein damit begründet, daß für die hereinströmenden Arbeitskräfte aus dem Militär in der

Industrie Platz geschaffen werden muß, ohne Entlassungen vorzunehmen. Sie bilden aber nicht den einzigen Grund. Das geht schon daraus hervor, daß die Forderung nach der 44, 40 oder 36stündigen Arbeitswoche erst jüngeren Datums ist. In früheren Monaten waren es vielmehr lokale Forderungen der verschiedensten Art, die die Streiks veranlaßten: Anerkennung der Gewerkschaften, Benutzung bestimmter Materialien, Verlegung der Arbeitszeit usw. Erst in neuerer Zeit wurden politische Probleme von größerer Tragweite in die Arbeitsfragen hineingetragen und zwar zum ersten Male beim Kohlenstreik, bei dem man außer dem Sechsstundentag und einer 30-prozentigen Lohnerhöhung die Verstaatlichung forderte. Wenn auch die Arbeiter die Verstaatlichung nicht erreichten, so mußte die Regierung ihnen ihre anderen Forderungen trotz der schweren Lasten, die der Industrie durch die Verteuerung der Kohlen in der Übergangswirtschaft auferlegt werden, für die Zeit der Kontrolle der Bergwerke durch den Staat erfüllen, da nur so der gefährliche Ausstand beigelegt werden konnte. Aber der Erfolg der Arbeiter hat, wie zu erwarten war, die Streiklust überall geschürt und das Feuer brennt infolgedessen nunmehr in England an allen Orten. Am schlimmsten sieht es am Clyde aus, dieser alten Wetterecke englischer Arbeitsunruhen. In Glasgow ist es schon zu schweren Ausschreitungen gekommen, die Polizei hat mit dem Knüttel einschreiten müssen, Militär und Tanks wurden bereitgestellt. Von dort ist das Streikfieber nach Belfast überggesprungen, wo für Tumulte der Geist wohl vorbereitet war, da die Home-Rule Frage die Gemüter aufgerührt und den alten Brand wieder zu hell emporlodern den Flammen entfacht hatte: nationale, wirtschaftliche und politische Unzufriedenheit vereinigen sich, um den Streikbewegungen hier ein besonders bedrohliches Gesicht zu verleihen. Die starken Erfolge der Belfastarbeiter, denen es gelang, die Industrie des ganzen Ortes lahmzulegen, stachelte die englischen Arbeiter zu gleicher Aktion an. Die Londoner Untergrundbahnbeamten traten in den Sympathiestreik ein. Sie forderten, daß die Regierung bei den Streiks am Clyde und in Ulster sowie auch in London — es gab deren genügend — trotz der gegenteiligen Auffassung der Gewerkschaften ihre Vermittlung zur Verfügung stellen solle. Auch die Elektrizitätsarbeiter Londons drohten mit Arbeitsniederlegung, wenn die Regierung nicht eingriffe.

Es sind nicht allein wirtschaftliche Gründe, die diese Streiks verursachen; vielmehr dürfte der Ärger über den Mißerfolg bei den Wahlen, sowie bolschewistische Agitation und die schon vor dem Krieg auch in England nicht unbekannten syndikalistischen Tendenzen eine wesentliche Rolle spielen. Wer sich mit der Arbeiterbewegung in Frankreich befaßt hat, sieht sofort die Ähnlichkeit der englischen Bewegung mit der der „Revolutionären Syndikate“. Die Politik des plötzlichen kündigungswidrigen Streiks, das Prinzip des Streiks ohne Streikunterstützung, die unklaren sozialistischen Ziele in der

Propaganda, alles das erinnert zu lebhaft an jene Bewegungen, als daß man nicht versucht sein möchte, Parallelen zu ziehen. Gegenüber diesen syndikalistischen Tendenzen der unteren, vor dem Kriege unorganisierten Arbeiterschichten Englands versagt der Einfluß der gemäßigten Gewerkschaftsführer, die die wilden Streiks aufs entschiedenste verdammen. Die Streikenden scheuen keine Mittel; schon sind Gewerkschaftsbüros gestürmt, Gewerkschaftsführer mißhandelt, ja getötet worden. Regelmäßig halten kleine Zahlen von Streikenden große Massen von Arbeitswilligen durch massenhaftes Streikposten stehen oder Sabotage von der Arbeit fern. Die ganze gefährliche Lage in Belfast ist nur durch das Streiken einer kleinen Zahl Dockarbeiter und Elektrizitätsarbeiter veranlaßt, aber gerade dieser Umstand gibt der Regierung die Mittel in die Hand und weist ihr ihre Politik. Sie muß mit den Gewerkschaften Hand in Hand gehen und energisch auftreten, nur dadurch kann sie der um sich greifenden Seuche Herr werden. Tatsächlich hat sie erklärt, daß von einer Vermittlung keine Rede sein könne. Vielmehr wurde unter der Defence of the Realm Act, die der Regierung die weitestgehenden Befugnisse einräumt, schleunigst eine Verordnung erlassen, daß alle Streiks und alle Propaganda zum Streik unter den Elektrizitätsarbeitern mit Gefängnis bis zu 6 Monaten und oder Geldstrafen bis 100 £ bestraft würden. Gleichzeitig wurde das Gesetz von 1882 den Arbeitern wieder in Erinnerung gerufen, das für Sabotage in den elektrischen Werken oder an elektrischen Drähten Gefängnis bis zu 5 Jahren vorsieht. Die Gewerkschaften aber, vor allem die A. S. E. (Amalgamated Society of Engineers), deren Mitglieder die Hauptbeteiligten in Belfast und Glasgow waren, haben ihre Lokalbeamten ihrer Posten entzogen, weil sie ohne Erlaubnis des Verbandes auf Veranlassung des revolutionären Streikkomitees (Workmen's Strike Committee) den Streik gebilligt hatten. Einige dieser Lokalbeamten sind schon verhaftet. Das feste Auftreten der Regierung hat zeitweilig Erfolg gehabt. Der Streik in der Elektrizitätsbranche in London ist nicht zum Ausbruch gelangt, der in Belfast zwar noch bedrohlich aber schon im Abflauen, ebenso der am Clyde; auch die Eisenbahner haben noch Ruhe bewahrt.

Aber es wäre ein Irrtum zu glauben, daß nunmehr alles erledigt sei. Die Regierung wird nach Zusammentreten des Parlaments zweifellos weitgehende soziale Zugeständnisse machen müssen. Zu ihnen wird jedenfalls die gesetzliche Festlegung eines kürzeren Arbeitstages gehören müssen; ob und wie weit die Konkurrenzfähigkeit der englischen Industrie durch solche und ähnliche Lasten leiden wird, ist schwer zu sagen. Der Warenhunger aller Länder kommt ihr jedenfalls zu Hilfe und es ist leicht möglich, daß die Berner Sozialistenkonferenz und die Friedensbedingungen eine internationale Regelung der Fragen im Interesse aller Beteiligten festlegen werden. Dr. Th. Plaut

Spanien

Politischer und wirtschaftlicher Anschluß an die Entente — Katalonische Frage und provinzielle Selbstverwaltung — Staatsfinanzen, Steuer- und Zollreform — Industrieschutz — Agrarreform — Neuorganisation der öffentlichen Arbeiten — Bahnprojekte

Das Kriegsende stellt das Ministerium Romanones vor Aufgaben von entscheidender Bedeutung für das staatliche und wirtschaftliche Leben des spanischen Volkes. Die Probleme der äußeren und inneren Politik fordern eine feste und zugleich weitherzige Behandlung, die über die Forderungen

des Tages hinaus den wahren Interessen des Landes für die Zukunft gerecht wird, und auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet ist jetzt der Augenblick gekommen, praktische Arbeit zu leisten und mit sicherer Hand die Grundlagen künftigen Gedeihens und stetiger Entwicklung zu legen.

Die Schwenkung, die die Außenpolitik Spaniens von korrekter Neutralität zum Anschluß an die siegreichen Alliierten geführt hat, soll die nationalen Aspirationen auf Gibraltar ihrer Erfüllung entgegenführen. Wenn die Meldung englischer Blätter auf Tatsachen beruht, daß Spanien Gibraltar gegen Aufgabe von Ceuta und den Presidios an der marokkanischen Küste eintauschen wird, so würde damit gleichzeitig ein Weg gefunden sein, unter Wahrung des nationalen Ehrgefühls das militärisch und finanziell undankbare politische Engagement in Marokko zu liquidieren. Aber es ist wenig wahrscheinlich, daß die Erfüllung der spanischen Wünsche so leicht und ohne Konzessionen auf wirtschaftlichem Gebiet zu haben sein wird. In diesem Sinne ist eine Nachricht der „Birmingham Post“ vom 7. Januar von Bedeutung, daß die spanische Regierung Vorkehrungen erwägt, die den Zweck haben, der deutschen Finanzbeteiligung in den spanischen Erzbergwerken ein Ende zu machen. Viele Millionen englischen, amerikanischen und sogar französischen Kapitals seien schon zum Ankauf bereitgestellt und die Transaktion dürfte sowohl wirtschaftlich wie auch politisch von Bedeutung sein.

Ohne Zweifel ist die wirtschaftliche Verbindung zwischen Spanien und den Westmächten während des Krieges eine recht enge geworden. Die Verlängerung des spanisch-französischen Finanzabkommens um 3 Monate, die Verhandlungen über eine italienische Anleihe in Spanien im Betrage von 250 Mill. Pes., der projektierte Bau einer neuen, direkten Verbindung Paris-Madrid, die in Aussicht gestellte Subvention von 2 Mill. Pes. für eine Schnell dampferlinie von den nordspanischen Häfen nach New York, die Anstellung eines amerikanischen Handelsattachés in Madrid sind bedeutungsvolle Zeugen der Intensität der spanischen Beziehungen zur Wirtschaft unserer Feinde. Aber eine Maßnahme, wie die oben angekündigte Ausschließung deutschen Kapitals — die allerdings der englischen Quelle wegen nur mit Vorbehalt aufzunehmen ist — muß zu einer Abhängigkeit Spaniens von den Westmächten führen, gegen die die erstrebte engere Verbindung mit dem spanisch sprechenden Südamerika, die die geplante Reise des Königs nach Argentinien einleiten soll, ein unvollkommenes Gegengewicht nur bilden kann.

Auf dem Gebiete der inneren Politik beschäftigt in erster Linie die katalonische Bewegung das Kabinett. So energisch es auch gegen aufrührerische Bestrebungen in Katalonien vorgegangen ist, so sehr verstärkt sich doch der Eindruck, daß das Kabinett davon überzeugt ist, nur durch weitherzige Behandlung der Autonomiefrage eine Lösung finden zu können, die den Interessen der Provinz sowie denen des Gesamtstaates gerecht wird. Laut „Esp. ec. y fin.“ vom 18. 1., hat das Ministerium das von der hierfür eingesetzten außerparlamentarischen Kommission vorgelegte Autonomieprojekt als ungenügend verworfen und selbst einen weitergehenden Plan ausgearbeitet, der nur wenig von den Forderungen der Provinz abweichen soll. Soweit bisher verlautet, befaßt sich dieser Plan nicht nur mit Katalonien, sondern sieht eine Neugestaltung des Verhältnisses aller „Regionen“ zum Gesamt-Staat auf der Grundlage weitgehender Selbstverwaltung vor. Die finanzielle Auseinandersetzung zwischen dem Staate und seinen Gliedern wird dabei von besonderer Bedeutung sein.

Die provisorische Abrechnung für das Finanzjahr 1918 schließt, laut „Erkft. Ztg.“ v. 28. 1. 19, bei 1,756 Mill. Pesetas Ausgaben und 1,365 Mill. Einnahmen mit einem De-

fizit von 391 Mill. ab. Eine Emission von 500 Mill. Pesetas 4 % einj. Schatzscheine, die am 15. ds. stattfinden wird, soll zur Verringerung der Staatsverbindlichkeiten und zur Verlängerung bzw. Rückzahlung früherer Schatzschein-Emissionen dienen*). Für das neue Finanzjahr, das in Zukunft vom 1. April bis 31. März gerechnet werden soll, sieht der Voranschlag eine weitere Steigerung der Ausgaben auf 2,065 Mill. Pesetas vor, wogegen auf 1,619 Mill. Einnahme gerechnet wird. Das Defizit für 1919/20 ergibt demnach eine weitere Steigerung auf 416 Mill. Pesetas, für das erste Vierteljahr 1919 sind außerdem an Krediten 373,2 Mill. vorgesehen.

Die Regierung hat von der in Aussicht genommenen grundlegenden Reform der Steuergesetzgebung mit Rücksicht auf die Ungewißheit der wirtschaftlichen Entwicklung und Bedürfnisse in der Übergangszeit zunächst Abstand genommen und sieht für das Jahr 1919 „vorübergehende“ Zuschläge von 10–20 % auf die bestehenden direkten Steuern, von 5–30 % auf sämtliche Ein- und Ausfuhrzölle, sowie ebenfalls „vorübergehend“ eine nicht unerhebliche Gewichtsabgabe auf den Mineralexport vor. Von diesen Zuschlägen wird ein Ertrag von 203,7 Mill. erwartet, außerdem wird von den bestehenden Steuern ein Mehreinkommen von 80 Mill. erhofft. Es bleibt abzuwarten, wie weit die Regierung instande sein wird, an dem vorübergehenden Charakter dieser Zuschläge festzuhalten. An ihrer ersten Absicht, das Steuerwesen des Landes im Sinne sozialer Gerechtigkeit und größerer Leistungsfähigkeit zu reformieren, ist nicht zu zweifeln, und was die Zollgesetzgebung anbetrifft, so ist die Regierung, gezwungen durch die äußeren Verhältnisse, bereits an ihre Neugestaltung herangetreten.

Die Revision des Zolltarifs, die schon vor dem Kriege gefordert und während des Krieges von Jahr zu Jahr verschoben wurde, ist jetzt unvermeidlich geworden im Zusammenhang mit dem Verfall fast sämtlicher spanischen Handelsverträge, der mit dem 20. September ds. Jahres eintritt. Zu ihrer Erneuerung ist die Neugestaltung des Zolltarifs auf Grund der Erfahrungen der Kriegszeit und der Forderungen, die sich daraus für die spanische Friedenswirtschaft ergeben, unaufschiebbare Voraussetzung. Um die erforderlichen Grundlagen zu beschaffen, ist durch königliches Dekret vom 3. 1. 19 die alte Zoll- und Wertschätzungskommission (Junta de Aranceles y Valoraciones) aufgelöst und zum 31. 1. die Konstituierung einer neuen Junta anberaumt, die unter dem Vorsitz des Finanzministers aus 47 stimmberechtigten Mitgliedern bestehen soll, von denen 30 aus Wahlen der berufenen landwirtschaftlichen, industriellen und kommerziellen Verbände — darunter 2 Arbeitervertreter — hervorgehen und 17 ex officio als Vertreter der in Frage kommenden Ministerien und Behörden berufen werden sollen. Die Aufgaben der Kommission, die mit tunlichster Beschleunigung arbeiten wird, werden sich erstrecken auf jährliche Preisfestsetzung, Information des Finanzministeriums, Initiative im Beibringen von Reformvorschlägen betreffend Zollfragen und endlich Sammlung von einschlägigem Material von Ämtern und Konsulaten. Außerdem wird eine permanente Kommission von mindestens 8 Mitgliedern aus der neuen Junta gebildet, der speziell die Ausarbeitung des neuen Zolltarifs obliegt.

Die Tendenz des neuen Tarifs wird voraussichtlich stark auf den Schutz der während des Krieges neu entstandenen oder weiter entwickelten heimischen Industrie hinausgehen, die einem Zusammentreffen mit der Konkurrenz der Weltindustrie mit ernststen Sorgen entgegenzieht.

*) Bei der großen Geldflüssigkeit im Lande — auf die Anleihe der Stadt Madrid in Höhe von 35 Mill. Pesetas wurden 452,4 Mill. gezeichnet! — ist mit einem guten Erfolg der Emission zu rechnen.

In diesem Sinne wirkt auch das Industrieschutzgesetz vom 2. 3. 1917, das zur Förderung der heimischen Industrie staatliche Darlehen, Zinsgarantien und Steuererleichterungen für industrielle Betriebe vorsieht. Die praktische Anwendung dieses Gesetzes besteht allerdings bis jetzt nur in der in diesen Tagen erfolgten Gründung des Banco de Crédito Industrial, der mit 37 500 000 Pesetas ausschließlich spanischem Kapital, das zu 60 % von den Banken und 40 % von der Industrie aufzubringen ist, langfristige Darlehen an die Industrie gewähren soll, als deren Grundlage eine staatliche Emission von „bonos para el formento de la industria nacional“ bis zu 150 Mill. Pesetas dienen soll. Auf das Aktienkapital der Gesellschaft sind bislang in Barcelona 8,62 Mill. gezeichnet.

Eine wirksame Schutzzollpolitik wird für Spanien nicht leicht durchzuführen sein, wenn es nicht seine Abhängigkeit vom Ausland in der Lebensmittelfuhr durch intensivere Ausnutzung seines eigenen Reichtums wesentlich verringert. In dieser Absicht hat sich das liberale Kabinett entschlossen, durch eine Reform der landwirtschaftlichen Steuer- und Grundbesitzgesetze eine Umgestaltung der Latifundien- und Pachtwirtschaft auf der Basis rationeller Eigenwirtschaft herbeizuführen. Der den Cortes hierüber zugegangene Gesetzentwurf sieht vor die Schaffung einer beträchtlichen Wertzuwachssteuer, soweit der Wertzuwachs nicht durch Meliorationen des Besitzers herbeigeführt ist, Zuschlagsteuer für unbebaute Ländereien, Staffe lung der Grundsteuern nach Einkommen, Zwangsmeliorationen, Zwangsenteignung bei nicht genügender Ausnutzung, sowie Enteignungsrecht des Staates zu Parzellierungszwecken. Die gleichen Steuer- und Verwaltungsgrundsätze finden Anwendung auf städtischen Baugrund. Um den stärksten Faktor der wirtschaftlichen Entwicklung, den individuellen Erwerbssinn, anzuspornen, sieht der Gesetzentwurf Zwangsenteignung vor in allen Fällen, in denen ein Bewerber sich verpflichtet, einen größeren Nutzen herauszuwirtschaften, als der bisherige Besitzer. Hierdurch erhofft man, einen Anreiz zum Übergang der Pacht- in die Eigenwirtschaft zu geben. Ferner wird ein staatlich subventioniertes Parzellierungs-Institut gefordert, dem zunächst jährlich 8 Mill. Pesetas zugewiesen werden sollen. Zur Entscheidung von Streitigkeiten sind paritätisch besetzte „Tribunales agricolas“ vorgesehen.

Bei dem radikalen Charakter des Gesetzes ist damit zu rechnen, daß es auf starken Widerstand stoßen wird.

Im Zusammenhang mit den Plänen zur Förderung und Stabilisierung der Wirtschaft steht ein Gesetzentwurf, der das gesamte Gebiet der öffentlichen Arbeiten aus dem Staatsvoranschlag herausnimmt. Um sie vom Wechsel der Partei-Majoritäten und Finanzen unabhängig zu machen, wird für die „öffentlichen Arbeiten“ ein gesonderter Finanz- und Schuldendienst eingerichtet. Hierzu ist bei der Bank von Spanien ein Kredit von 50 Mill. Pesetas vorgesehen, sowie die Ausgabe einer Spezialschuld unter dem Namen „Obligaciones del Tesoro por Obras públicas“.

Als nächste Aufgabe dieses Dienstzweiges wird eine energische Tätigkeit im schon lange geplanten Ausbau des strategischen und Kleinbahnnetzes von der Cortes verlangt, für den jährlich 40—50 Mill. Pesetas aufzuwenden sind, sowie der Bau einer zweigleisigen, elektrischen Bahn mit Spurweite 1,44 m von der französischen Grenze über Madrid nach Algeciras im Anschluß an die Bahn Paris-Bordeaux-Dax. Die Bahn soll weniger dem lokalen Verkehr dienen, als im Sinne eines großen internationalen Verkehrsweges die günstige Lage Spaniens zwischen Europa und Afrika einerseits, sowie Europa und Südamerika andererseits ausnützen.

Während diese Projekte bereits als Gesetzentwürfe den Cortes vorliegen, — das letztere ist bereits vom Senat genehmigt — sind die Pläne über den Ausbau eines nationalen Stromnetzes noch nicht über die Beratung in der „Comission permanente Española de Electricidad“ hinausge langt. Der Kohlenmangel, unter dem Produktion und Verkehr des Landes empfindlich leiden, hat neben der Steigerung der Kohlenförderung der elektrischen Industrie einen starken Aufschwung gegeben, die ein lohnendes Absatzgebiet der Schweizer Fabrikate geworden ist. Der Gesamtimport Spaniens an Dynamos und Elektromotoren belief sich in den ersten 11 Monaten 1918 auf 4,9 Mill. Pesetas.

Die Aufgaben, die die Modernisierung der spanischen Volkswirtschaft und ihre engere Verbindung mit der Weltwirtschaft heraufgeführt haben, sind zahlreich. Der Weg, auf dem ihre Lösung versucht wird, zeigt, daß die Leiter der spanischen Gesamtpolitik sich der Bedeutung der Stunde bewußt sind, er zeigt aber auch, welche Schwierigkeiten zu überwinden sind. Erst nach Veröffentlichung der Zahlen, mit denen das vergangene Jahr für die spanische Wirtschaft abschließt, wird es möglich sein, die realen Grundlagen der staatlichen Maßnahmen für die Übergangszeit zu prüfen.

Hermann Bohmert

Schweden

Jahresstatus der Banken und Emissionstätigkeit in 1918 — Kapitalmarkt im Januar — Das Versicherungsgeschäft in 1918 — Dampferrückgabe und Vermehrung der Linienschiffahrt — Aus der Industrie: Rückgang der Papierfabrikation, Arbeiterforderungen, Regierungsfabrik für Düngemittel

Aus dem kürzlich veröffentlichten Status der Banken am Jahresschluß sind folgende Zahlen (in Mill. Kr) von Interesse:

	1918	1917
Reichsbank		
Goldbestand	285,57	244,46
Obligationen	59,67	65,39
Auslandswechsel { Sicht	45,67	19,15
sonstige	70,49	110,13
Einheimische Wechsel	280,30	186,34
Debitoren	181,75	122,69
Noten-Umlauf	813,53	372,72
Giro-Einlagen	134,20	191,03
Privatbanken		
Kasse	134,64	122,27

Obligationen	342,57	375,36
Einheimische Bankguthaben	118,02	83,22
{ Sicht	261,70	149,48
Auslandswechsel { langfristige	279,42	261,52
sonstige	56,50	55,91
Inlandswechsel	1436,58	1053,83
Debitoren	3740,72	2721,28
Aktienbestand	36,84	23,75
Giro-Einlagen	1042,49	707,81
Sparkassengelder	887,10	659,71
Postwechsel	165,61	145,20
Kreditoren	186,67	136,30
Depositen	2286,02	1716,82
Auswärtige Schulden	129,92	223,26
Aktienkapital	1091,73	896,56

Die Privatbanken zeigen somit eine Zunahme der Kapitalisierung von etwa 195 Mill. Kr, ferner eine sehr starke Anspannung, resp. eine Verminderung der Liquidität. Die Notenausgabe der Reichsbank hat in dem einen Jahre eine ganz enorme Vergrößerung erfahren; die Anspannung hat im Laufe des Monats Januar indessen erheblich nachgelassen, und die Notenzirkulation ging auf 689,13 Mill. Kr bei einer Golddeckung von 40,61 % zurück. Die Umsatzzahlen der Reichsbank während der Kriegsjahre beleuchten am besten die stets steigenden Anforderungen an dieses Institut. Der Umsatz betrug in Mill. Kr:

1914	1915	1916	1917	1918
6354	10 048	17 840	25 039	30 078

und zeigt somit die enorme Steigerung von etwa 6 auf 30 Milliarden Kr.

Auch die Emissionstätigkeit hat sich in dem verflossenen Jahre bedeutend gesteigert und überschreitet erheblich die schon gewaltigen Zahlen von 1917, wie aus folgender Übersicht hervorgeht:

Neugründungen im Jahre	1914	1915	1916	1917	1918
Zahl	600	580	932	1232	1527
Kapital in Mill. Kr	100	95	201	413	598

Für Staatsanleihen scheint der Markt indessen erheblich weniger aufnahmefähig zu sein, als für Industriewerte, denn von den zur Zeichnung aufgelegten 100 Mill. Kr Prämien-Obligationen wurden nur ca. 46 Mill. Kr gezeichnet.

Während des Monats Januar sind folgende Neugründungen zu verzeichnen:

	Kapital in Mill. Kr min. und max.	
Elektr. Gesellschaft Stockholm übernimmt elektr. Motorfabriken Fenix	1	3
Ges. für Fabrikation von Kontrollkassen in Malmö		3
Ges. in Vexjö zwecks Kauf und Verwertung von Torfmooren	4,5	13,5
Ges. in Stockholm für Herstellung elektrischer Leitungen	0,7	2,1
a. b. Träkolproducenter in Bollnäs, eine Verkaufsorganisation der Holzkohleproduzenten	1	3
Fleischimport-Gesellschaft Stockholm	1	
Zwei Reedereien in Helsingborg mit je	0,6	
Werftgesellschaft in Ronneby für den Bau von Schiffen von 4-8000 t	4,-	
Gesellschaft in Stockholm zwecks Ausnutzung eines neuen Verfahrens, Mineralfarben aus kieselhaltigem Gestein, Lehmstiefer und Lehm zu gewinnen		
Agra-Margarinefabrik K. K. Heje Stockholm wird umgeändert in eine Aktiengesellschaft mit	2,5	

Folgende größere Gesellschaften haben Kapitalerhöhungen vorgenommen (in Mill. Kr.

a. b. Nyhamns Cellulosefabrik ... v.	2,4 auf 3	(Gratisakt)
a. b. Dieden Co., Malmö	5 „ 6,25	
a. b. Edsvalla bruk	1,2 „ 2,4	(Gratisakt.)
Skönviks a. b.	11,2 „ 19	(hierv. 2,8 Mill. Gratisaktien)
a. b. Norrlandsvirke	0,8 „ 1	
a. b. Sveriges litografiska Tryckerier	3 „ 27,4	
Åsbrohammar-Spångsholms nya a. b.	0,2 „ 1	(Gratisakt.)
Kramfors a. b.	15,3 „ 17,1	
a. b. Stockholms bryggerier	20,5 „ 24,6	(Gratisakt.)
a. b. Andrew Hollingworth & Co.	0,8 „ 1	(Gratisakt.)
Överums bruks a. b.	1 „ 1,2	(Gratisakt.)
J. A. Enhörnings trävaru a. b.	2,2 „ 3,1	($\frac{1}{2}$ Gratisakt.)
Konfektions a. b. Union	0,9 „ 1	
The Oversea Export a. Import Co.	1,5 „ 4,5	
Uddeholms a. b.	24 „ 42	(hierv. 1,2 Mill. Gratisaktien)

Außerdem sind verschiedene Fusionen vorgenommen worden:

Storfors bruks a. b. (Kap. 1,8 Mill.) geht in die Muttergesellschaft Uddeholms a. b. auf.

Elektriska a. b. Chr. Bergh & Co., Malmö, übernimmt folgende Gesellschaften: Sven & Hugo Malmströms Metallwarenfabrik in Malmö, Svalövs Maskinverkstads a. b. in Svalöv, a. b. Karlstads elektr. installationsbyrå in Karlstad und a. b. Lalander und Friberg in Stockholm. Infolge dieser Fusion erhöht Bergh das Kapital von 2,5 auf 5,150 Mill. Kr.

Vedervägs-Kopponis a. b. übernimmt a. b. Liljekvists sågblads und redskapsfabrik in Eskilstuna, Svenska grep und skyffel-fabriks a. b. in Arvika und Svängstads manufakturverk in Svängstad.

a. b. Kungsörs bleckkärlfabrik, a. b. bleckvarenfabriken Malmö, und a. b. Göteborgs mekaniska bleckslageri haben sich zusammengeschlossen und bilden eine neue Aktien-Gesellschaft mit 3,6 Mill. Kr. Kapital.

Das Versicherungsgeschäft war während des Krieges recht bedeutend. Im Anfang des Krieges wollten die Privatgesellschaften nicht gern größere Risiken übernehmen, sondern überließen der staatlichen Versicherungskommission die größeren Kriegsversicherungen. Nach und nach beteiligten sich die Privatgesellschaften an dem Geschäft, und zu den neun alten entstanden sechs neue Gesellschaften, welche sich den Versicherungssätzen der bestehenden Gesellschaften angeschlossen haben. Die Privatversicherung hat beinahe ohne Verdienst gearbeitet, da sie bei dem Verlust einiger besonders wertvollen Dampfer resp. Ladungen stark in Mitleidenschaft gezogen wurden. Über die Umsätze bei den Privat-Versicherungsgesellschaften ist nichts bekannt geworden, während die staatliche Versicherungskommission folgende Angaben (Beträge in Mill. Kr) über ihre Tätigkeit während des Krieges macht:

	Versicherte Werte	Prämien-einnahme	Überschuß	Reserven
Kasko-Versicherungen	4700	124	30	38
Waren-	2000	49	13	8
Unfall-	der			
Besatzungen	368	1,8	—	—

Die staatliche Versicherungstätigkeit hat somit ein sehr hübsches finanzielles Resultat ergeben.

Obleich das Tonnageabkommen zwischen Schweden und der Entente noch nicht gekündigt worden ist, unterhandelt Amerika, angeblich wegen der stark zurückgegangenen Frachten, mit den Reedern wegen Rückgabe der Dampfer am 1. April. Dies wäre besonders für die Liniengesellschaften eine große Annehmlichkeit, da sie hierdurch in die Lage versetzt werden würden, die regelmäßigen Touren im verstärkten Maße wieder aufzunehmen. Es bestehen zurzeit folgende Reedereien, welche regelmäßigen überseeischen Dienst haben:

1. Reederei a. b. Transatlantic unterhält regelmäßige Verbindung zwischen Schweden und den Sundainseln, dem Persischen Meerbusen (früher in deutschen Händen), Nordamerika, Australien und Indien, und hat jetzt eine reguläre Linie zwischen Calcutta und Nordamerika (auch nach den Gulfhäfen) eingerichtet. — Ende 1918 bestand die Flotte aus 47 Schiffen mit 196 550 t, worunter 31 Schiffe von 3000 bis 9400 t. Hierzu kommen noch Neubestellungen von 14 Schiffen mit 116 200 t, bestehend aus 7 Motorschiffen und einem Dampfer von je 9400 t, 4 Dampfern von je 8000 t und 2 von je 3500 t.

2. Rederi a. b. Nordstjärnan unterhält den Dienst zwischen Schweden und der Westküste Nord- und Südamerikas. Die Flotte bestand Ende 1918 aus 24 Schiffen mit 117 585 t, darunter 6 Dampfern mit 4000 bis 7700 t und 8 Motorfahrzeuge von je 6550 t. Im Bau resp. kontrahiert sind 3 Motorschiffe von je 9200 und 6 von je 6550 t.

3. Svenska Ostasiatiska Kompaniet läßt ihre Dampfer regelmäßig zwischen Schweden und Ostasien (China, Japan und Indien) laufen. Die Flotte bestand Ende 1918 aus 9 Schiffen mit 53 000 t, davon 6 Dampfer zwischen 6100 und 9300 t. Bestellt sind 3 Motorfahrzeuge mit je 9300 t.

4. Svenska Amerika-Mexicolinien versieht, wie

der Name besagt, den Dienst nach amerikanischen und mexikanischen Häfen. Die Flotte bestand Ende 1918 aus neun Dampfern mit 29 515, darunter 4 Dampfer von 3 100 bis 6 100 t Größe, indessen ist inzwischen der 5 500 t große Dampfer „Texas“ verloren gegangen. Im Bau befindet sich ein Motorschiff von 7 700 t.

5. Svenska-Amerika Linien, die vorläufig nur zwei Dampfer besitzt, darunter allerdings der größte schwedische Dampfer „Stockholm“ mit 12 600 t br, dürfte für den nord-amerikanischen Verkehr von Bedeutung werden, da ein größeres Bauprogramm vorgesehen ist.

6. Eine Orientlinie ist jetzt eingerichtet worden, welche ihre Dampfer Pireus, Smyrna, Saloniki, Konstantinopel und Odessa anlaufen lassen will. Die Linie verfügt über acht Dampfer mit 24 260 t, und der erste Dampfer ist bereits Anfang Februar ausgelaufen.

Außerdem wird eine regelmäßige Verbindung zwischen Gothenburg und Marocco eingerichtet.

Im Jahre 1918 war das Holzgeschäft etwas besser als 1917, die Exportverkäufe betrugen 750 000 Stds. Zur Zeit ist das Holzgeschäft im allgemeinen ruhig, und Verkäufe nach England werden im Moment nicht getätigt, weil der Regierungskäufer in England die erhöhten Forderungen nicht bewilligen will. Die Preiserhöhung war durch die enorm gestiegenen Unkosten bzw. Arbeitslöhne bedingt und eine Deputation der schwedischen Holzexporteure hat sich nach England begeben, um dem Regierungskommissar die Notwendigkeit der Preissteigerung zu erklären und neue Abschlüsse herbei-

zuführen. Die Staatseisenbahnen schränken jetzt die Holzfeuerung ein, da England den Kohlenexport freigegeben hat, so daß man eine Einfuhr von etwa 60 000 t englischer Kohle monatlich nach Schweden erwartet.

Die Vereinigten Staaten haben die Ausfuhr von Speck, Eisen und Stahlwaren nach den skandinavischen Ländern freigegeben, eine Maßregel, die zweifellos zur Hebung des Handels beitragen wird.

Die Papierfabrikation ist in Schweden noch mehr zurückgegangen. Während im Oktober bereits 50 % der Maschinen still standen, werden jetzt nur noch 25 % im Betrieb gehalten, weil der Absatz nach auswärts absolut stockt.

Auch die erhöhten Lohnforderungen der Arbeiter machen der schwedischen Industrie zu schaffen. Bei den Streichholzfabriken erfordert die jetzige Lohnerhöhung eine jährliche Mehrausgabe von 2,1 Mill. Kr.

Um die Düngemittelversorgung der Landwirtschaft zu verbessern, beabsichtigt die Regierung die Anlage der a. b. Difosfat am Malmberget zu übernehmen, um Dicalciumphosphat herzustellen. Als Rohmaterial dient der einheimische Apatitabfall, welcher für andere Zwecke nicht zu verwenden ist. Die Anlage, welche vorerst für eine Produktion von 5000 t jährlich vorgesehen ist, dürfte annähernd 5 Mill. Kr kosten, indessen ist die Möglichkeit vorhanden, die Produktion mit verhältnismäßig geringen Kosten auf 24 000 t zu steigern,

Ernst Moritz

Norwegen

Betrachtungen zur Kriegsbilanz — Außenhandelspläne und Hoffnungen auf die Entente — Lebensmittelversorgung und Kontrolle — Fischausfuhr — Schiffsbilanz

In Norwegen blickt man mit gemischten Gefühlen auf die Kriegsjahre zurück. Wenn auch nicht zu leugnen ist, daß dem Lande große Gewinne durch den Krieg zugeflossen sind, so wird die Überschwemmung mit Papiergeld (Inflation) in fachkundigen Kreisen doch als eine große Gefahr für die finanzielle Entwicklung des Landes betrachtet. Der ungeheure Verlust an Handelstonnage muß baldigst ersetzt werden und dürfte bei den heutigen Baukosten annähernd eine Milliarde Kr erfordern. Für das Auffüllen der Läger mit Rohstoffen und Lebensnotwendigkeiten (Nahrungsmitteln, Kleidung, Maschinen usw.) müssen ebenfalls beträchtliche Summen aufgebracht werden, sodaß „Norges Handels- & Sjøfartstidende“ die Frage aufwirft, ob nach Erfüllung dieser Aufgaben wirklich noch von einem starken Anwachsen des Nationalvermögens durch die Kriegszeit gesprochen werden kann? Dabei ist die Tätigkeit der Kaufleute durch Zentralisierung und andere Regierungsmaßnahmen gelähmt, der freie Wettbewerb nahezu ausgeschaltet. Bei der Arbeiterschaft macht sich der Drang nach höheren Löhnen unter gleichzeitiger Verkürzung der Arbeitszeit immer stärker bemerkbar und verteuert in gefahrdrohender Weise die Gestehungskosten für inländische Produktion. So wurde beispielsweise kürzlich darauf hingewiesen, daß amerikanische Äpfel in Norwegen mit 3 Kr je kg verkauft werden, während für die minderwertigen norwegischen Äpfel das Doppelte verlangt wird. Ein Herren-Überzieher kostet in Norwegen 2–300 Kr, während er für 6 bis 7 £ aus England bezogen werden kann. Eine Weiterentwicklung in dieser Richtung müßte dazu führen, daß Norwegens Ausfuhr unmöglich gemacht und die Guthaben im Auslande in verhältnismäßig kurzer Zeit aufgebraucht werden.

Im Übrigen hofft man im Lande in handelspolitischer Beziehung doch großen Nutzen aus der bewiesenen

Ententefreundlichkeit ziehen zu können, wenn gleich das Vertrauen zu dem viel besprochenen „Völkerbund“, nur gering ist und sich mehr und mehr die Ansicht geltend macht, daß der „Völkerbund“ praktisch auf eine antideutsche Allianz der Ententemächte hinauslaufen wird, in deren Rat die kleinen neutralen Staaten keine Stimme haben werden.

Jedenfalls arbeiten die norwegischen Handelskreise stark an dem weiteren Ausbau ihres Überseehandels, um aus der gegenwärtigen Ohnmacht des deutschen Handels den größtmöglichen Nutzen zu ziehen. Dieses soll zunächst durch die Errichtung neuer überseeischer Dampferlinien erreicht werden. Ferner wollen die norwegischen Banken sich einen größeren Anteil an dem direkten überseeischen Geschäft sichern. So sollen in Südamerika an verschiedenen Plätzen norwegische Bankniederlassungen entstehen, und man verspricht sich auch hier großen Nutzen davon, daß die deutschen Banken, welche in Südamerika vor dem Kriege eine große Rolle spielten, jetzt ausgeschaltet sind. Dem zukünftigen Handelsverkehr mit Rußland und Finnland wird große Beachtung geschenkt, so hat man u. A. eine norwegisch-russische Handelskammer ins Leben gerufen. Die „Nordenfjeldske Dampsbiksselskab“ hat bereits eine regelmäßige Linie zwischen Finnland und Südamerika errichtet; der erste Dampfer ist bereits nach Südamerika unterwegs. In Bergen wurden zwei neue Schifffahrtsgesellschaften gegründet: die A. G. Nordseelinie und die A. G. Ostseelinie, zusammen mit einem Kapital von 8 Mill. Kr. Die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Nordamerika sollen u. A. durch eine, vom 10. bis 24. September d. J., in Christiania abzuhaltende norwegisch-amerikanische Ausstellung gefördert werden.

Sehr beachtet wurde ein Artikel der französischen Exportzeitung „L'exportateur Français“, über die norwegisch-französischen Handelsbeziehungen, welcher darauf hinweist, daß die Ausfuhr Frankreichs nach Norwegen vor dem Kriege in keiner Weise den Möglichkeiten entprochen hat, welche Frankreich und seine Kolonien durch ihre Erzeugnisse boten. Als Hauptausfuhrwaren kämen in Betracht:

1. Kolonialwaren: Kaffee, Kakao, Reis, Gummi, Zucker, Vanille, Südfrüchte, Kork, Alfa usw.
2. Nahrungsmittel: getrocknete Früchte, Makaroni, Käse, Spirituosen.
3. Pflanzenfette und Öle: wie Oliven-, Kokus- u. Palmenöl; ferner technische Öle, Terpentin, Ölkuchen usw.
4. Luxuswaren: Parfümerien, Artikel der Konfektion, Saffianleder usw., Taschenbücher, Portemonnaies, Damenwäsche, Kämme und andere Celluloidwaren, Schmucksachen.
5. Alle Arten Manufakturwaren, wie Seide, Woll- und Baumwollwaren, Spitzen, Borden, Modewaren, Herren- und Damenkonfektion.
6. Chemische Produkte, Phosphat, Salpeter, Farben u. Firnisse.
7. Verschiedene Metalle.
8. Maschinen, Geräte, Hausrat, Messer, Kontorbedarfsartikel, elektr. Material, Automobile, Äroplane, Winden, Lokomotiven, Eisenbahnwagen.
9. Optische und nautische Instrumente, Chirurgische do., Artikel der Präzisionsmechanik usw.

L'exportateur Français weist darauf hin, daß einerseits Importeure französischer Waren in Norwegen und andererseits Importeure norwegischer Waren in Frankreich sich zusammenschließen sollten und diese beiden Gruppen zusammen arbeiten müßten. Der frühere geringe Verkehr sei nur auf die schlechte Schiffsverbindung zwischen den beiden Ländern zurückzuführen, Deutschland und England wären in dieser Beziehung bedeutend besser gestellt gewesen, da sie durch gute Verbindung imstande gewesen wären, die benötigten Waren innerhalb weniger Tage nach Norwegen zu liefern, während Lieferungen aus Frankreich Wochen erfordert hätten und ganz unzuverlässig waren. Es gab vor dem Kriege allerdings drei direkte Linien von Norwegen nach Frankreich, u. z. nach Rouen (Havre)-Bordeaux und Marseille, doch bestand nur eine etwa je monatliche Verbindung, welche aber ganz unzuverlässig war. Grundbedingung für einen lohnenden Warenaustausch sei die Schaffung eines mindestens wöchentlichen, festen Dampferdienstes. „Norges Handels & Sjøfart stidende“ tritt dafür ein, daß baldmöglichst eine solche Linie mit wenigstens wöchentlichem Verkehr zwischen Kristiania (über Kristianssand) nach Dänkirchen errichtet wird. Diese Linie würde in Kristianssand mit der Küstenlinie bis nach Trondhjem oder Bodö hinauf korrespondieren und Norwegen dadurch einen guten Absatz seiner Produkte nach Frankreich sichern. In Frage kommen u. a.: Fisch- und Fleischkonserven, Eingemachtes, raffinierter Medizinaltran, Kunstgewebe und Teppiche, Pelzwaren usw. Da Norwegen im Kriege eine ausgesprochen ententefreundliche Politik getrieben habe, seien die Aussichten für die norwegischen Kaufleute in Frankreich einfach glänzend.

Die zurzeit noch herrschende Geldflüssigkeit treibt zu neuen Unternehmungen, und da ist es besonders die Hermetikindustrie, welcher sich die Kapitalien zuwenden. Es hat sich während des Krieges gezeigt, daß die Ausfuhr von Fisch- und Fleischkonserven einer ganz bedeutenden Steigerung fähig, ja, daß der Absatz fast unbegrenzt ist. An der ganzen Westküste, bis nach Trondhjem hinauf, wachsen neue Fabriken wie Pilze aus der Erde hervor.

Die Zellulosefabrikation hat einen Ausfuhrkonzern gebildet. Zu diesem Zweck ist die „Norsk Traemasse Kompagni A/S“ gegründet worden. Diese

Gesellschaft soll den Vertrieb der Produkte fast aller norwegischen Zellulosefabriken übernehmen.

Einen großen Aufschwung versprechen sich verschiedene norwegische Industriezweige durch den Bedarf Belgiens an Baumaterial. Die Nachfrage nach fertigen transportablen Holzhäusern soll außerordentlich groß sein, so daß selbst wenn sämtliche einschlägigen Fabriken ihre ganze Produktionsfähigkeit hierauf einstellen, sie nicht in der Lage sein werden, den erwarteten Anforderungen zu genügen. Ferner sollen Anfragen von französischen und belgischen Behörden vorliegen, ob Norwegen die Lieferung von Metallgußwaren für Bauzwecke im Werte von wenigstens 50 Mill. Kr übernehmen kann. Hierzu ist zu bemerken, daß Norwegen diese Artikel noch nie hat ausführen können, da die Eigenerzeugung vor dem Kriege nicht einmal den Inlandbedarf decken konnte. Wenn hierin durch die Kriegsverhältnisse auch etwas Wandel geschaffen worden ist, so würde die Übernahme des obigen Auftrages doch der Schaffung einer neuen Industrie gleichkommen. Fraglich bleibt, ob Norwegen in absehbarer Zeit überhaupt imstande sein wird, das erforderliche Rohmaterial und die nötigen Arbeitskräfte zu beschaffen.

*

Wie bekannt, litt Norwegen in den Kriegsjahren starken Mangel an Brotkorn. Dieses hat dazu geführt, daß die Anbaufläche im Jahre 1918 nicht unwesentlich vergrößert wurde. Infolgedessen war der Gesamtertrag der letzten Ernte größer als in irgend einem Vorjahre. Das Ergebnis war auch im allgemeinen befriedigend, obgleich der Ertrag bei keiner Kornart an eine Mittelernste heran kam. Es wurden eingebracht:

Roggen.....	25,700 t =	91 %	einer Mittelernste
Gerste.....	122,402 t =	98 %	„ „
Hafer.....	240,684 t =	98 %	„ „
Mengkorn...	22,322 t =	99 %	„ „
Weizen.....	29,583 t =	96 %	„ „
Erbisen.....	5,548 t =	94 %	„ „
Kartoffeln...	788,000 t =	83,6 %	„ „
Heu.....	1,685,700 t =	94 %	„ „
Stroh.....	842,600 t =	101,6 %	„ „

Es mag erwähnt werden, daß die norwegische Regierung sich stark mit der Schaffung eines Kornmonopols beschäftigt. Der Anbau von Brotkorn soll durch ein gewisses Prämiensystem gefördert werden. Im Lande bringt man diesen Bestrebungen nur geringe Sympathie entgegen, und es ist sehr zweifelhaft, ob die Durchführung des Monopols gelingen wird. Denn die staatsseitige Beschaffung von Lebensmitteln hat finanziell auch in Norwegen vollkommen versagt und der Staatskasse gewaltige Verluste zugefügt, sodaß die Forderung, endlich den bewährten Handelsstand seine Tätigkeit unbehindert wieder aufnehmen zu lassen, immer dringender gestellt wird. Selbst der Finanzminister hat kürzlich erklärt, daß er nicht mehr an eine Lösung der sozialen Frage durch den Staat und die Kommunen glaube, sondern daß man auf der vorhandenen Grundlage weiterbauen müsse.

Wie bekannt, liegt die norwegische Regierung mit einem bedeutenden Lager gesalzener und getrockneter Fische fest, worunter z. B. 1 200 000 Tonnen Heringe, welche dem Konsum zugeführt werden müssen. Da der Bedarf des Landes durch die vorhandenen Privatlager gedeckt werden kann, bleibt für den Staat nur die Ausfuhr übrig. Um sich diesen Absatz zu sichern, hat die Regierung die Ausfuhr von gesalzenen und getrockneten Fischen allgemein verboten und den Exporteuren anheimgestellt, sich für den Verkauf der staat-

lichen Bestände nach dem Ausland zu interessieren. Auf die vorhandenen Privatflüger wird also keine Rücksicht genommen, was in beteiligten Kreisen große Unzufriedenheit hervorgerufen hat. Für diejenigen Länder, welche Einfuhrmonopol haben, wie Deutschland, Italien und Finnland, hat der norwegische Staat sich die direkten Verhandlungen, ohne Vermittlung norwegischer Exporteure, vorbehalten.

Der Fischerei nahestehende Kreise haben die Nachricht erhalten, daß die Einfuhr frischer Fische nach England durch Schiffe, welche auf der weißen Liste stehen, freigegeben wurde. Diese Schiffe können in England Bunkerkohle erhalten und falls nötig, in Ballast zurückfahren.

Der „Norwegische Veritas“ gibt den Bestand der skandinavischen Handelsflotte bei Jahreschluß 1918 nach vorläufiger Aufstellung wie folgt an:

	Dampf-Motorschiffe	Segelschiffe	zusammen
Norwegen	1320 -- 1 532 000 t	194 -- 240 000 t	1514 -- 1 822 000 t
Schweden	1031 -- 889 000 „	221 -- 64 000 „	1252 -- 953 009 „
Dänemark	448 -- 615 000 „	194 -- 65 000 „	642 -- 680 000 „
	3 086 000 t	369 000 t	3 455 000 t

Bei Ausbruch des Krieges betrug die gesamte Handelstonnage Norwegens 2 626 708 t.

Die Gesamt-Netto-Verluste während des Krieges betrugen für: Norwegen 27,6 %, Schweden 14,8 %, Dänemark 17,1 %. Norwegen hat also den größten Netto-Rückgang anzuweisen, und dementsprechend hat dieses Land auch den effektiv größten Kriegsverlust erlitten, nämlich 1 241 332 Br.-R.-T., also etwa 47 % der Tonnage seines Schiffsbestandes bei Kriegsausbruch. Daß der Netto-Rückgang kleiner ist, ist u. a. darauf zurückzuführen, daß Norwegen in den Jahren 1915/16 alte Dampfschiffe mit 500 000 Br.-R.-T. ankaupte.

Die Freigabe der an die Entente überlassenen Tonnage geht verhältnismäßig schnell vor sich. Im Laufe des Januar wurde die Freigabe von 199 Schiffen mit einer Tonnage von 360 000 t erwartet, davon etwa 280 000 t in Schiffen unter 3000 t. Im Februar kann mit einer Freigabe von 27 Schiffen zu 64 590 t gerechnet werden, und im März mit der weiteren Freigabe von 53 Schiffen zu 181 390 t. Die vorstehende Tonnage wird für europäische Fahrt (Nordsee) zur Verfügung stehen, und die kleineren Schiffe hauptsächlich für Kohlentransport. Da hierfür aber in letzter Zeit nur etwa 150 000 t erforderlich waren und die Schiffe durch die verkürzte Reise (Fortfall der Geleitzüge, schnellere Abfertigung im Hafen) besser ausgenutzt werden können, andererseits die Kohlenaufuhr von England eingeschränkt worden ist, wird einstweilen mit einem Tonnage-Überschuß und entsprechendem Rückgang der Frachtraten zu rechnen sein. Etwa 150 000 t sind an die Entente „für Kriegsdauer“ verchartert worden, und dürften hiervon demnächst weitere Schiffe freigegeben werden. Vor Abschluß des Tonnage-Abkommens hatte England von Norwegen 102 Schiffe (200 000 t) requiriert; diese sind jetzt sämtlich freigegeben worden, mit Ausnahme des Dampfers „Golden Gate“ (7625 t).

Seit Abschluß des Waffenstillstandes bemühen sich amerikanische Werften in Norwegen um Bauaufträge. Es hat z. Z. in Norwegen sehr verstimmt, daß die für norwegische Rechnung auf amerikanischen Werften im Bau befindlichen Schiffe von Amerika mit Beschlag belegt wurden. Aus Schifffahrtskreisen wird darauf hingewiesen, daß, abgesehen von den geschäftlichen Gründen, welche in der jetzigen Zeit und bei jetzigen Preisen gegen die Bestellung von Neubauten sprechen, es für Norwegen eine Ehrensache sei, mit Erteilung von neuen Aufträgen in Amerika zu warten, bis die amerikanische Regierung eine zufriedenstellende Erklärung und Abrechnung über die requirierten Neubauten erteilt hat. Es ist zurzeit eine norwegische Schifffahrtskommission in Amerika, um wegen der durch die Beschlagnahme der Neubauten entstandenen Differenzen zu verhandeln. Die von den norwegischen Bestellern seinerzeit geleisteten Anzahlungen dürften demnächst zurückerstattet werden.

Wie sehr die Bank- und Geldverhältnisse in Norwegen durch die Kriegszeit beeinflusst worden sind, geht aus den kürzlich veröffentlichten Zahlen der Abrechnungsstelle der Christiania Bank hervor. Die Umsätze im Jahr 1916 waren in Mill. Kr wie folgt:

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
1916	576	644	684	661	790	588	621	766	720	986	864	561
1917	8461	5893	2580	863	529	488						

Also selbst die kleinste Monatsziffer des letzten Jahres übertrifft die Jahresumsätze vor dem Kriege.

Einen ungeheuren Aufschwung hat das Versicherungswesen genommen. Vor etwa zehn Jahren gab es in Norwegen sechs Feuer- und sechs Seeversicherungs-Gesellschaften; heute etwa zehnmal so viele. Die Prämieineinnahme ist in den Jahren 1912–1916 rund um 350 % gestiegen und betrug im letzten Jahre etwa 170 Mill. Kr. Der Hauptanteil fällt hierbei natürlich auf die Seeversicherung.

Die französische Gesandtschaft in Christiania (wie auch diejenigen in Schweden und Dänemark) hat eine Bekanntmachung erlassen, nach welcher gemäß den Bedingungen der letzten Waffenstillstandsverlängerung zwischen Deutschland und der Entente „Deutschland sich verpflichtet hat, keine Übertragung von Besitz oder Werten irgend welcher Art im Besitz des Staates oder seiner Bürger vorzunehmen oder zu dulden.“ Diese Bekanntmachung hat in norwegischen Handelskreisen starke Beunruhigung hervorgerufen, da nach dem Wortlaut derselben jedes Geschäft, also auch jedes Warengeschäft mit einem Deutschen für ungültig erklärt werden kann. Das Norwegische Auswärtige Amt ist von den interessierten Kreisen aufgefordert worden, sich über die Reichweite dieser Bekanntmachung zu äußern.

E. von Anshelm-Möller

Indien

Der Fortschritt der Industrie

Die indische Regierung setzte im Februar 1917 eine eigene Behörde, das Indian Munitions Board, ein mit der Aufgabe, Indiens Hilfsmittel in möglichst großer Ausdehnung in die Dienste der Kriegsführung zu stellen. Die Ergebnisse ihrer Wirksamkeit, über die im „Board of Trade Journal“ v. 2. 1. 19 zusammenfassend berichtet wird, sind nicht unbeträchtlich.

Zunächst hat es sich darum gehandelt, die Bedürfnisse der indischen Armee, die bekanntlich außerhalb Europas

der wichtigste Faktor in der Kriegsführung der Entente gewesen ist, in Indien selbst zu decken. Man hat deshalb, soweit es überhaupt möglich gewesen ist, davon abgesehen, solche Waren, welche in Indien selbst hergestellt werden können, aus England oder aus anderen Ländern einzuführen. Die Herstellung solcher Waren in Indien stieß aber auf große Schwierigkeiten. Es fehlte an Kohlen, an Tonnage für die Küstenschifffahrt, an Eisenbahnwaggonen und an technisch ge-

schulden Ratgebern und Arbeitern, und die Herbeischaffung der notwendigen Maschinen und anderer Hilfsmittel war äußerst schwierig. In allen diesen Beziehungen sind Fortschritte gemacht worden.

Die Kohlenförderung hat zugenommen und betrug z. B. im Jahre 1917 17 326 384 tons oder 907 302 tons mehr als im vorhergehenden Jahre. Immerhin ist sie noch heute ungenügend, und die Qualität der indischen Kohle ist nicht so gut wie die der englischen. Es wird deshalb auch geplant, in Zukunft die Kohlen als industrielle Kraftquelle in großer Ausdehnung durch Elektrizität zu ersetzen.

Viel ist auch geschehen, um den Bau von hölzernen Segelschiffen für die Fluß- und Küstenschifffahrt weiter zu entwickeln. Namentlich in Bombay, an der Malabarküste, um Madras, in Chittagong und Birma wird viel gebaut, und die Regierung tritt stützend hinzu mit Arbeitszeichnungen und Lieferung von Bauholz, Segeltuch, Ankern, Kabeltauen, Motoren usw. bei günstigen Zahlungsbedingungen.

Pläne sind auch entworfen für den Bau von Eisenbahnwaggons mit elektrischen Maschinen in Indien, und es besteht die Absicht, das Land auch in dieser Beziehung möglichst selbsterhaltend zu machen.

Der Krieg hat gelehrt, wie nachteilig es sein kann, daß viele Geräte, Maschinen und Gebrauchsgegenstände, die in der Industrie benötigt werden, von auswärts eingeführt werden müssen. Wenn die Einfuhr unterbunden wird, stockt die ganze Industrie. Gerade in dieser Beziehung hat man allerlei getan, um die ungestörte Entwicklung der indischen Industrie auch unter ähnlichen schwierigen Verhältnissen zu sichern. Leder-schürzen für die Arbeiter der Walzwerke, Räum-nadeln, Schaffelle für die Reisreinigung, Riemen usw., welche früher größtenteils eingeführt wurden, werden jetzt in großer Ausdehnung in Indien hergestellt. Auch andere Industriezweige ähnlicher Art haben zugenommen: die Herstellung von Antifrikationsmetallen, Eisen-mangan, Glas, Töpferwaren, feuerfesten Ziegeln, Desinfektionsflüssigkeiten, Garten-messern für die Teegärten, Teekisten, Asbestmasse für die Dampfkessel, Glykose, Graphit-Schmelz-tiegeln usw. Man kann z. B. schon schwer schmelzbare Materialien für die heißesten Schmelzöfen herstellen, und Indien wird bald in dieser Beziehung ganz von der Einfuhr unabhängig werden, während in bezug auf Teegartenmesser dies Ziel schon erreicht ist.

Die Hindernisse, die sich der industriellen Entwicklung entgegenstellten, sind somit z. T. beseitigt worden, und die Fortschritte, die gemacht worden sind, sind beträchtlich, selbst wenn wir bloß die Lieferungen für das Heer berücksichtigen.

Fast der ganze Armeebedarf an Kleidung und Zelten wurde im Jahre 1918 in Indien selbst hergestellt, und dabei ist nicht bloß die Großindustrie, sondern auch die Hand- und Hausindustrie herangezogen worden. Einige Zahlen werden die Fortschritte klar machen. Im Jahre 1913/14 kaufte die Regierung für Heereszwecke nur 260 000 yards indischen Khaki Drillich, im Jahre 1918 mehr als 21 Mill. yards. Von grauen und gebleichten Baumwollwaren betrugen die Einkäufe 350 000 yards jährlich vor dem Kriege, und 49 Mill. im vorigen Jahre. Die Zahl der gekauften Wickelgamaschen stieg von 37 000 auf 1 500 000 Paar; die der Unterjacken von 23 000 auf 275 000; Khakistoffe für Mäntel von 16 000 auf 650 000 yards; Flanelle von 32 000 auf 850 000 yards und zwei Mill. Paar Stiefel wurden für die Regierung gefertigt im Vergleich zu weniger als 100 000 im Jahre 1913/14.

Vor dem Kriege wurde der größere Teil der indischen Häute und Felle ausgeführt, namentlich nach den

Mittelmächten. So wurden im Jahre 1913 1 132 384 cwt ausgeführt, wovon mehr als 600 000 nach Deutschland und Österreich gingen, während in demselben Jahre nur 194 763 cwt gegerbte Felle exportiert wurden. Beim Ausbruch des Krieges wurde versucht, die indischen Gerbereien weiter zu entwickeln, und namentlich in Madras und den Zentralprovinzen ist die Zahl der Gerbereien stark gestiegen, und auch bei Kalkutta sind einige größere Betriebe ins Leben gerufen worden. Ein Sachverständiger ist von England berufen worden, und die einheimischen Gerbstoffe, namentlich die Rinde der *Casia Auriculata* werden in immer größerer Ausdehnung herangezogen. Im Jahre 1917/18 wurden nicht weniger als 361 674 cwt gegerbte Felle ausgeführt, also etwa die doppelte Menge im Vergleich mit der Zeit vor dem Kriege, während die Ausfuhr von rohen Häuten um zwei Drittel zurückgegangen ist. Es fehlt aber immer noch an Gerbstoffen, und man rechnet erst mit einer weiteren Entwicklung nach dem Kriege.

Auch die Lederindustrie hat aus der Kriegslage Vorteile gezogen, namentlich durch die Nachfrage nach Sätteln, Geschirren usw. Die Regierungsfabrik in Cawnpore hat ihre monatliche Produktion von 33 000 lbs Leder im Jahre 1913/14 auf 200 000 lbs in den ersten Monaten des Jahres 1918/19 gesteigert. Zwei große Gerbereien in Cawnpore sind unter Regierungskontrolle gestellt worden und produzieren jetzt erstklassiges Leder, während geringere Waren bei den kleineren lokalen Sattlern bestellt werden, wodurch auch diese allmählich veranlaßt werden, Qualitätsware zu liefern.

Die Geschützgießereien werden gleichfalls von der Regierung kontrolliert. Im Jahre 1913/14 verausgabten diese Werke etwa 5 Mill. Rupien, in den drei ersten Monaten des laufenden Budgetjahres aber 11,6 Mill. Die großen Fortschritte ergeben sich von selbst aus diesen Zahlen.

Auf die Entwicklung der Stahl- und Eisenindustrie während des Krieges habe ich schon bei früheren Gelegenheiten hingewiesen. Namentlich gilt das von den großen Tatawerken. Bei Kriegsausbruch waren nur zwei Hochöfen im Betrieb mit einer geplanten Produktion von je 200 tons Roh-eisen täglich, während vier offene Öfen je 50 tons per „heat“ erzeugten. Jetzt werden jährlich 200 000 tons Stahl hergestellt, woraus unter anderem 120 000 tons Schienen gefertigt werden. Zwei Hochöfen produzieren jetzt je 350 tons und drei neue sind im Bau. Zwei neue offene Öfen sind gebaut worden mit einer Produktion von je 75 tons per „heat“, und ein dritter wird gebaut. — Auch andere Erweiterungen sind geplant, und im ganzen werden auf solche etwa 120 Mill. Rupien verwendet werden.

Neben solchen älteren Industriezweigen sind auch einige neuere aufgekommen. Namentlich gilt dies von der chemischen Industrie, für deren Bedürfnisse ein sachverständiger Ratgeber der Regierung beisteht. Eine Reihe Untersuchungen sind gemacht worden, und mehrere Chemikalien werden schon jetzt in so großem Maßstabe gefertigt, daß sie kommerzielle Bedeutung erlangt haben: Kaustische Soda, Magnesiumchlorid, Thymol, Sandelholzöl, Kupfervitriol, Zinkchlorid und raffinierter Salpeter.

In Verbindung mit den Kriegsnotwendigkeiten müssen wir auch die Bergwerke erwähnen. Ich habe schon auf die Entwicklung der Kohlenförderung hingewiesen. In anderen Zweigen können wir teilweise eine Steigerung, teilweise aber auch einen Rückgang konstatieren. Die Produktion von Glimmer betrug 35 896 cwt im Jahre 1917 gegen 35 978 in 1916, von Mangan wurden 1917 497 252 tons gefördert gegen 568 032 in 1916, von Wolfram 79 312 cwt in 1917 gegen

59 094 in 1916 usw. Der Bergwerksbetrieb in Indien wird aber voraussichtlich in Zukunft einen größeren Umfang nehmen.

Auf vielen Gebieten können wir somit konstatieren, daß der Krieg auf die indische Industrie fördernd gewirkt hat. Ob aber der Fortschritt nach dem Kriege anhält, wird in großer Ausdehnung von dem Erfolg abhängen, den die in

einem früheren Artikel besprochenen Vorschläge der Industrie Kommission haben. Man rechnet aber mit ziemlicher Zuversicht auf eine reiche Entwicklung der Industrie, wie des Handels, und in dieser Erwartung hat die indische Nationalbank ihr Kapital verdoppelt und 80000 neue 25 £-Aktien ausgeschrieben. —n—

Geld und Kapital

Intervalutarische Kurse

Der Markkurs erreichte am Ende der Berichtswoche neue Tiefpunkte, ebenso die österreich-ungarische Krone. Die Bewegung des Sterling war unregelmäßig. Für den Franken werden aus Kopenhagen und Stockholm stereotype Kurse gemeldet.

Kurs der Reichsmark

	12. 2.	13. 2.	14. 2.	15. 2.	17. 2.	18. 2.	gegen Münzpari am 17. bzw. 18. 2.
Zürich	—	55,15	55,—	—	—	52,—	— 57,88
Amsterdam ..	27,50	27,—	27,17½	27,17½	26,—	25,85	— 56,36
Stockholm ..	41,—	40,50	49,25	49,75	49,75	48,25	— 54,28
Kopenhagen ..	44,25	43,65	43,25	43,—	42,50	41,—	— 46,12
Wien	196,10	196,10	—	200,—	—	—	+ 70,13

Kurs der österreich-ungarischen Krone

	12. 2.	13. 2.	14. 2.	15. 2.	17. 2.	18. 2.	gegen Münzpari am 17. bzw. 18. 2.
Zürich	—	26,—	25,85	25,75	—	24,50	— 76,70
Amsterdam ..	13,30	12,70	13,20	—	12,—	12,—	— 76,19
Kopenhagen ..	22,50	22,—	21,—	21,—	21,—	—	— 72,21
Berlin	50,95	50,95—	50,45—	49,95—	49,95—	—	— 41,22
	51,05	51,05	50,55	50,05	50,05	—	—

Kurs des Pfund Sterling

	12. 2.	13. 2.	14. 2.	15. 2.	17. 2.	18. 2.	gegen Münzpari am 17. bzw. 18. 2.
Zürich	—	23,21	23,24	23,23	—	23,21	— 7,97
Amsterdam ..	11,55½	11,54½	11,57	—	11,54½	11,54	— 4,71
Stockholm ..	16,92	16,93	16,95	16,95	16,95	16,92	— 6,83
Kopenhagen ..	18,28	18,26	18,26	18,26	18,25	18,25	+ 0,05

Kurs des französischen Franken

	12. 2.	13. 2.	14. 2.	15. 2.	17. 2.	18. 2.	gegen Münzpari am 17. bzw. 18. 2.
Zürich	—	89,30	89,45	89,35	—	89,30	— 10,70
Amsterdam ..	44,45	44,40	44,52½	—	44,40	44,45	— 7,39
Stockholm ..	65,35	65,35	65,35	65,35	65,35	65,35	— 9,24
Kopenhagen ..	70,50	70,50	70,50	70,50	70,50	70,50	— 2,08

Kurs des Dollar

	12. 2.	13. 2.	14. 2.	15. 2.	17. 2.	18. 2.	gegen Münzpari am 17. bzw. 18. 2.
Zürich	—	487,—	488,—	487,—	—	487,—	— 5,98
Amsterdam ..	242,50	242,—	242,50	—	242,12	242,—	— 2,73
Stockholm ..	356,—	—	356,—	357,—	—	—	— 4,42
Kopenhagen ..	384,50	383,50	383,50	383,50	383,50	—	— 2,80

Geldverfassung und Währungspolitik

Nachdem der größte Teil der deutschen Truppen in die Heimat zurückgekehrt ist, sind die amtlichen Kurse für die Umrechnung der in fremder Währung erhaltenen Gebührens in Anlehnung an die tatsächlichen Börsenkurse neu festgesetzt worden. Sie betragen vom 17. 2. 19 ab:

1 Oberost-Rubel M	2,—	1 französischer Frank	„	0,80
1 polnische Mark „	1,—	1 do. (Stadtgeld)	„	0,75
(Annahme bis zu 1000 M)				
1 österreich. Krone .. „	0,50	1 finnische Mark „	„	0,80
1 bulgarischer Lew .. „	0,80	1 russischer Rubel .. „	„	0,80
1 türkisches Pfund .. „	20,—	(nur Zaren-, Duma- und Kerenski-Noten, außerdem Odessaer Stadtgeld und Georgische Noten)		
1 rumänischer Leu .. „	0,60			
1 italienische Lira .. „	0,47½	1 Karbowanecz (nur zum Einzug)	„	0,80
(Cassa Veneta dei Prestiti)		(2 Griewien = 1 Karbowanecz)		
1 belgischer Frank .. „	0,80			
(alle Sorten)				

Die Umrechnung erfolgt bis zu 200 M., insbesondere begründeten Ausnahmefällen bis zu 500 M.

Schon vor Wochen war festzustellen, daß französische Frank- und englische Pfundnoten in Deutschland auftauchten als Folge der linksrheinischen Besetzung. Jetzt hat sich aus der Einfuhr und inländischen Unterbringung solcher Abschnitte ein Gewerbe entwickelt. In Berlin tätigen mehr oder minder bekannte Firmen, die sämtlich nicht die Devisenhandelsberechtigung haben, steigende Umsätze in Pfund-

noten (zu etwa 40 bis 42 M.), aber auch in Frankscheinen (zu 1,43 bis 1,50 M.). Den Ursprung dieser Sorten vermutet man in Holland, und den Zweck der Käufer in Steuerumgehungen oder in Sonderkapitalanlagen. Aus dem Rheinland verlautet, daß dort englische, französische und belgische Noten in großen Beträgen gekauft und gehamstert werden. („Frankf. Ztg.“ Nr. 119 v. 13. 2. 19.)

Die bayerische Notenbank hatte im Jahre 1918 durchschnittlich 74,51 M. (im Vorj. 67,74) Mill. in Umlauf, davon 37,40 M. (37,17) metallisch ungedeckt. Die durchschnittliche Deckung nach § 44, Ziffer 3 des Bankgesetzes (Metall- und Kassenscheine) betrug 49,81 (45,13) %. („Frankf. Ztg.“ Nr. 123 v. 15. 2. 19.)

Das „Engineering and Mining Journal“ beziffert den Wert der Weltgoldherzeugung im abgelaufenen Jahre auf 388 gegen im Vorj. 435 und 584 Mill. \$ im Jahre 1915. („Frankf. Ztg.“ Nr. 127 v. 16. 2. 19.)

Staatsanleihen

Aus Washington wird gemeldet, daß die Regierung der Vereinigten Staaten die Gewährung von Krediten an Deutschland in Form von Anleihen zum Zweck der Finanzierung seiner Lebensmittelversorgung erwägt. Die „American Defense Society“ hat darauf erklärt, daß sie sich jeder Kreditgewährung amerikanischer Banken an Deutschland widersetzen werde, wenn nicht die Einwilligung der amerikanischen Depositengläubiger zu solcher Verwendung ihrer Depositen erlangt worden sei. („N. Y. Times“ 22. 11. 18.)

Die tschechischen Banken haben dem Tschecho-Slowaken-Staat einen Vorschuß von 1 Milliarde Kr gewährt, der mit 3 % verzinst wird und später in eine 3½ %ige, zum Nennwert rückzahlbare Anleihe umgewandelt werden soll.

Im Jahre 1918 sind in der Schweiz folgende Staats- und Kantonalanleihen aufgenommen worden:

8. Mobilisationsanleihe	fr 150	Mill.
Kanton Wallis	3,5	„
„ St. Gallen	3	„
„ Graubünden	5	„
„ Neuenburg	20	„
„ Baselstadt	10	„
„ Zürich	20	„
„ Schaffhausen	4	„
9. Mobilisationsanleihe	100	„
Kanton Aargau	10	„
Bundeskassenscheine für Landesversorgung	111,94	„

Von der neuen 5 %igen dänischen Staatsanleihe von 120 Mill. Kr sind 84 Mill. Kr von den fünf Kopenhagener Hauptbanken zu 96½ %, 10 Mill. Kr. von der Staatsanstalt für Lebensversicherung und 26 Mill. Kr. von den Reedereigesellschaften übernommen worden. Die Anleihe ist in den ersten drei Jahren nicht amortisabel, dann erfolgt die Amortisation mit je 6 Mill. Kr in 20 Jahren. („F. Z.“ 11. 2.)

Der belgische Ministerrat beschloß die Aufnahme einer neuen Anleihe von 2 Milliarden fr, die je zur Hälfte in Belgien und in Amerika aufgenommen werden soll. („F. Z.“ 11. 2.)

Von den Bons für die französische Nationalverteidigung wurden in der zweiten Dezemberhälfte netto 1442 Mill. fr untergebracht und im ganzen Monat Dezember über 2,5 Milliarden. Diese Ziffer war die höchste nach dem Ergebnis vom Oktober 1918. („Econ. Europ.“ 17. 1.)

Von den auf die französische Dezemberanleihe gezeichneten 27,75 Milliarden fr (nominell, d. h. 19,5 Milliarden effektiv) entfallen auf die Bank von Frankreich 12 Milliarden, auf den „Crédit Lyonnais“ 3,5 Milliarden, auf das „Comptoir d'Escompte“ 2 Milliarden, auf die Banque de Province 1,35 Milliarden und auf die verschiedenen Agents de Change 1,1 Milliarden fr. In England wurde rund 1 Milliarde fr gezeichnet. („Int. Volksw.“ 15. 12.)

Die Zeichnungen auf die innere chinesische 6% Anleihe betrugen bis zum 30. 6. v. J. 44,319 Mill. \$. Der nicht gezeichnete Rest wurde der chinesischen Staatsbank und der Verkehrsbank als Sicherheit für die früheren Regierungsanleihen überwiesen. („N. O.“ 22. 12.)

Durch ein Abkommen des chinesischen Finanzministers mit der Yokohama Specie Bank erhielt die Regierung von Peking ein neues Darlehen von 10 Mill. Yen auf die II. Reorganisationsanleihe. Die Bedingungen sind: 7% Zinsen und als Sicherheit die Überschüsse aus der Salzregie. („N. O.“ 22. 12.)

Neugründungen und Kapitalserhöhungen

Aktiengesellschaften

Namen	Ort	Zweck nach Gewerbe- gruppen	Akt.-Kapit. in 1000 M.	Ausgabe- kurs	Kapitalser- höhung in 1000 M.	Ausgabe- kurs
I. Neugründungen:						
Industriepalast Schle- sisches Tor	Berlin	Immobi- lien usw.	50 100	—	—	—
Südwestdeutsche Oel A.-G.	Wiesbaden	Öle u. Fette	300 100	—	—	—
Offenbacher Maschi- nenfabrik A.-G.	Offenbach	Maschinen	300 100	—	—	—
Fahrzeugfabrik Düs- seldorf A.-G.	Düsseldorf	Maschinen usw.	300 110	—	—	—
„Industrie“ A.-G. für industr. Unternehm.	Saarbrücken	Sonstige	250 100	—	—	—
Grundbesitz A.-G.	Metz	Immobil.	80 100	—	—	—
St. Martin	Bamberg	Verkehr	1000 100	—	—	—
Bavaria, Schiffsahrts- u. Speditions-A.-G.	Lublinitz	Spinnstoff	1500 100	—	—	—
Schles. Aktienges. für Spinner, u. Weberei						
II. Kapitalserhöhungen:						
Essener Credit-Anst.	Essen	Bank	—	—	2000 100	—
Keksfabrik A.-G.	Hamburg	Nahrung	—	—	300 100	—
Löwenbrauerei A.-G.	Hamburg	Brauerei	—	—	250 100	—
Allgem. Speditionsge- sellschaft A.-G.	Duisburg	Verkehr	—	—	1000 110	—
R. Dallberg, Masch. u. Feldbahnfabrik	Düsseldorf	Maschinen	—	—	300 100	—
Jätsdorfer Mühle A.-G.	Oblau	Nahrg. usw.	—	—	260 115	—
Maschinenbau A.-G.	Duisburg	Maschinen usw.	—	—	300 100	—
Tigler	Chemnitz	Maschinen usw.	—	—	300 100	—
Gebr. Unger A.-G.						

Concordia, Elektrizit. A.-G.	Düsseldorf	Elektrizit.	—	—	3000 100
Deutsche Grammo- phon A.-G.	Berlin	Graphik	—	—	1300 100
H. Schomburg & Sohn A.-G.	Großdubran	—	—	—	300 100
Älteste Vollstädter Porzellanfabr. A.-G.	Vollstadt	Erden	—	—	300 100
Heilbronner Woh- nungsverein A.-G.	Heilbronn	Immobil.	—	—	600 100

Gesellschaften mit beschränkter Haftung

Gewerbegruppen	Stamm- kapital		Kapitals- erhöhungen	
	Zahl	in 1000 M.	Zahl	in 1000 M.
Land- und Forstwirtschaft	6	272	3	224
Tierzucht und Fischerei	—	—	—	—
Bergbau, Hütten- und Salinenwesen ..	4	580	1	90
Industrie der Steine und Erden	4	370	1	10
Metallverarbeitung	8	759	—	—
Industrie der Maschinen, Apparate u. dgl.	32	2 716	3	640
Schiffswerften	1	200	—	—
Elektrotechnische Industrie	7	179	—	—
Elektrizitätserzeugung	4	660	—	—
Chemische Industrie	12	627	3	104
Seifen, Fette, Öle, Firnisse u. dgl.	3	94	—	—
Gas- und Wasserbesorgung	2	40	1	500
Spinnstoffgewerbe	6	1 461	—	—
Papierindustrie	3	420	—	—
Leder- und Gummiindustrie	1	90	—	—
Industrie der Holz- und Schnitzstoffe ..	8	282	2	316
Industrie der Nahrungs- u. Genußmittel	6	243	4	250
Brauereien, Mälzereien	—	—	—	—
Bekleidungsgewerbe	1	20	—	—
Reinigungsgewerbe	2	70	—	—
Baugewerbe	9	290	3	74
Vervielfältigungsgewerbe, Anzeigenbü- ros, künstlerisches Gewerbe u. dgl.	20	732	6	656
Handelsgewerbe	77	11 613	5	9 945
Banken	3	50	—	—
Immobilienhandel und Verwertung	11	605	3	559
Versicherungsgewerbe	—	—	1	50
Verkehrsgewerbe	8	1 210	—	—
Fluß- und Küstenschifffahrt	1	1 260	1	150
Seeschifffahrt	—	—	—	—
Gast- und Schankwirtschaft	2	180	—	—
Musik, Theater- und Schaustellungsgew.	3	60	1	35
Sonstige Gesellschaften	11	3 275	—	—

Jahresergebnisse deutscher Aktiengesellschaften 1917/18.

Namen Ort	Rechnungs- jahr endend	Aktien- Kapital	Vorraths- Anleihen	Hypotheken	Gesetzliche u. Spezial- Reserve	Sonstige Rücklagen u. Vortrag	Abschreibungen		Reingewinn (nach Abschreibungen) in 1000 M.	Rentabilität: (7 + 8) in % v. Spalte 3 — 6	Dividenden				
							Summe in 1000 M.	in % vom Wert			17/18	16/17	15/16	14/15	13/14
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14		
Rasitzer Braunkohlenwerk A.-G.....	30/6.	12500	1469	10	—	770	4,79	19	5,64	0	0	0	0		
Neue Senftenberger Kohlenw. A.-G.	31./3.	3500	1910	69	—	337	3,49	5	6,24	0	?	0	6		
Stahlwerke Brünighaus A.-G., Werdohl ..	30/6.	2750	459	336	230	479	22,31	477	25,33	16	15	11	8		
Gußstahl-Werk Witten	30/6.	6500	—	2706	3624	1454	25,71	6443	61,55	27	27	27	18		
Akt.-G. Oberschlicher Stahlwerk Düsseldf.	30/6.	3000	2880	1500	6643	1754	28,24	3877	40,16	10	—	—	—		
Westf. Kupfer- und Messingwerke A.-G., Lüdenscheid	30/6.	3000	624	63	221	206	8,41	650	21,90	15	15	11	9		
Act.-G. H. F. Eckert, Berlin	30/9.	6000	1185	1214	182	320	1,15	874	13,91	10	10	10	9		
Schaeffer-Pischon A.-G., Barmen	30/6.	2600	122	260	401	177	22,09	797	29,09	25	10	10	10		
L. A. Riedinger, Masch. u. Broncew.-Fabr., Augsburg	30/6.	5000	1932	415	1077	792	12,31	362	13,70	6	7	6	0		

1) Verlustvortrag v. 16/17 682 738 M.

Namen Ort	Rechnungs- jahr endend	Aktien- Kapital	Vorraths- Anleihen	Hypotheken	Gesetzliche u. Spezial- Reserve	Sonstige Reserven u. Vortrag	Abschreibungen		Rabatt nach Abschreibung in 1000 M.	Rehabilitat. (7-8) in % v. Spalte 3-6	Dividenden				
							Summe in 1000 M.	in % vom Wert			17/18	16/17	15/16	14/15	13/14
							7	8			10	11	12	13	14
1	2	3	4	5	6										
Maschinenb. A.-G. H. Flottmann & Co., Herne	30./6.	7000	140	—	823	615	17,49	828	18,16	6	2) ¹⁾ —	—	—	—	—
Prestowerke A.-G., Chemnitz	30./9.	2500	38	850	1020	236	9,07	320	23,69	20	20	12	10	0	0
Wanderer-Werke A.-G., Schönau	30./9.	5250	1454	3800	10460	1737	29,73	8774	50,14	35	25	25	20	12	12
Gebr. Schöndorff, Düsseldorf	30./6.	6000	2625	304	108	7	0,50	Verl. 104	—	0	0	0	5	10	10
Düsseldorfer Eisenbedarf, Meyer & Co.	30./6.	4500	—	1216	819	186	8,74	953	17,43	13	9	11	11	11	11
Horchwerke A.-G., Zwickau	31./10.	3400	293	1300	1877	649	6,83	726	21,25	15	15	15	15	15	15
Russische Eisenindustr. A.-G., Gleiwitz	30./6.	12000	4110	718	71	—	—	Verl. 606	—	0	0	0	0	10	10
Triumphwerke Nürnberg A.-G.	30./9.	1000	350	230	433	194	18,84	143	16,74	10	20	12	6	0	0
Maschinenbauanst. Kirchner & Co., Leipzig	30./6.	5000	540	2970	457	154	6,24	2110	15,25	25	25	25	25	7	7
R. Stock & Co., Masch.-Fabr. A.-G., Berlin	30./9.	7000	—	2591	311	260	9,32	2147	23,00	25	25	25	25	7	7
Waggon-Fabrik A.-G., Merdingen (Rh.)	30./9.	4000	369	1150	115	435	20,78	1344	31,57	15	15	15	15	12	12
Akt.-G. für Elektrizitäts-Anlagen, Berlin	30./6.	10000	5772	1000	197	100	3,07	630	4,30	6	6	8	8	8	8
Siemens & Halske A.-G., Berlin	31./7.	63000	43822	30500	9437	461	3,64	12671	11,80	12	12	12	12	10	10
Bergmann Elektrizitätswerke, Berlin	30./6.	12000	—	—	—	—	—	22	0,18	—	0	0	0	0	0
Elektro-Osmose Akt G., Berlin	30./6.	9000	—	—	—	1028	43,10	859	20,97	?	?	?	?	?	?
„Siemens“ Elektr.-Betriebe A.-G., Berlin	30./9.	40000	30538	902	8259	793	2,04	3697	5,63	5	5	5	5	6 1/2	6 1/2
Siemens-Schuckertwerke G. m. b. H.	30./6.	90000	77883	17500	20110	1580	4,57	15459	8,29	?	?	?	?	?	?
Elektr. Kraftversorgung A.-G., Mannheim	30./6.	10000	2500	10	—	4	30	Verl. 40	—	0	0	0	0	0	0
Elektrizitäts-A.-G. vorm. Schuckert & Co., Nürnberg	31./7.	70000	40237	10702	4506	14	2	6132	4,90	8	8	8	6 1/2	6 1/2	6 1/2
Munitionswerke Germania A.-G., Hamburg	30./6.	2500	—	1	146	476	30,38	Verl. 570	—	0	14	7)	—	—	—
Chemische Fabrik Harburg Staßfurt	30./6.	810	—	243	1657	—	—	148	5,46	12	9	10	8	8	8
Charlottenburger Wasserwerke	30./9.	40000	500	4000	200	424	1,47	1452	4,20	4	6	8	10	10	10
Tüllfabrik Mehltheuer A.-G., Oberpirk.	31./12.	1122	196	74	629	212	19,08	571	39,23	9	15	9	6	6	6
Abtg. für Seilindustrie, Mannheim	30./6.	4000	850	624	167	262	13,91	1378	29,08	11	11	9	7	5	5
Allgauer Baumwollspinnerei und Weberei, Blauhach	31./12	3000	890	450	411	131	4,—	353	10,21	8	8	6	8	4	4
Ver. Pinselfabriken, Nürnberg	30./6.	3750	521	1432	581	37	2,—	1261	20,66	20	10	6	6	6	6
Eduard Keffel A.-G., Tannenberghal	30./6.	3000	2751	140	297	221	5,62	168	6,27	5	5	5	10	10	10
Schneider & Hanau A.-G., Frankfurt	30./9.	1200	1001	320	130	7	—,54	316	12,20	30	10	6	6	6	6
Harburger Mühlenbetrieb	30./9.	1000	45	500	358	155	11,46	186	17,03	30	10	25	25	20	20
Pommersche Provinz Zuckersied., Stettin	30./9.	3600	—	1360	31	221	19,71	1063	25,72	25	20	25	30	20	20
Zuckerfabrik Stuttgart	31./8.	2400	1001	433	99	395	20,25	710	28,16	18	25	25	25	20	20
Sarotti Chokoladen u. Cacaoind., Berlin	30./9.	4500	4461	1000	889	375	5,83	1035	12,97	20	15	12	9	4	4
Rositzer Zucker-Raffinerie	31./9.	5500	—	1113	706	391	13,—	834	16,74	15	9	10	10	6	6
Stärke-Zuckerfabrik A.-G., vorm. Koehl- mann & Co., Frankfurt a. O.	30./9.	4500	—	2500	242	415	14,90	1269	23,26	20	20	20	20	20	20
Zuckerraffinerie Genthien, A.-G.	31./8.	4500	—	290	552	311	14,79	349	12,36	10	10	10	?	0	0
Rheinischer Aver. f. Zuckerfabrik, Cöln	30./9.	6000	—	840	513	302	13,72	1280	21,51	10	12	16	16	7	7
Bavaria-Brauerei, Altona	30./9.	3000	2469	499	440	516	11,07	720	19,29	10	10	8	7	7	7
Park- u. Bürgerbräu A.-G., Zweibrücken	30./9.	3000	1076	624	—	125	14,47	222	7,38	6	6	6	6	6	6
Dortmunder Victoria-Brauerei A.-G.	30./9.	1500	656	285	497	90	8,21	351	16,11	10	10	7	7	7	7
Brieger Stadtbräu A.-G.	31./8.	2000	459	442	109	96	4,28	170	8,84	6	10	10	9	4	4
Tivoli Brauerei A.-G., Hamburg	30./9.	1800	1465	108	494	166	6,03	96	8,59	5	7	5	5	6	6
Schles. Aktg. für Bierbrau. und Malzf., Landshut	30./9.	2250	1049	6	75	86	2,70	130	6,39	0	0	0	0	0	0
Kochelbräu München, A.-G.	30./9.	2000	1751	205	343	86	2,33	226	7,17	4	4	4	4	0	0
Akt.-Brauerei Friedrichshain	30./9.	3000	2790	300	—	227	3,63	184	6,75	5	6	5	3	0	0
Act.-Bierbrauerei in Hamburg	30./9.	1600	680	1359	80	88	9,99	252	9,14	28	28	28	28	28	28
Patzner Brauerei A.-G., Berlin	30./9.	9900	7004	2026	1178	902	4,41	1498	11,94	14	14	14	14	11	11
Dortmunder Akt.-Brauerei	30./9.	3809	3924	2065	99	242	4,31	801	10,54	18	20	20	20	20	20
Mainzer Akt.-Bierbrauerei	31./10	3300	4509	1780	942	328	3,88	379	6,71	10	9	9	9	9	9
Unionsbrauerei Schülein & Co., München	30./9.	6700	6720	595	2537	662	6,52	640	7,86	10	7	6	6	6	6
Societätsbr. Waldschlößchen, Dresden	30./9.	1800	137	720	171	224	9,27	143	7,71	8	8	8	6	6	6
Brauerei Königstadt A.-G., Berlin	30./9.	5700	3460	570	357	146	1,62	174	3,15	4	4	4	4	2	2
Karlsruher Brauereig., vorm. Schrempf	30./9.	1800	512	1166	726	89	2,90	223	7,56	?	?	10	10	10	10
Brauerei-Gesell. Eichbaum, Mannheim	30./9.	3000	2170	970	30	65	1,63	198	4,26	5	6	6	6	7	7
Vereinsbrauerei Herrenhausen, Hannover	30./9.	1500	1680	250	125	143	14,02	253	11,14	15	15	15	15	10	10
Kaffee-Handels-A.-G., Bremen	30./6.	3000	950	74	100	62	4,—	16	1,89	0	6	6	6	6	6
Hardt-Wülfig Aktg.	1./1.	20000	—	100	15	—	—	672	3,34	?	0	3	6	6	6
Hypothekenbank in Hamburg	31./12	36000	10)	19430	6134	—	—	5015	8,14	10	10	9	8	8	8
Export- und Lagerhaus-Ges., Hamburg	30./11.	650	1373	3	—	1	—	1	0,10	0	0	0	0	0	0
Gr. Casseler Straßeneisenbahn A.-G.	30./9.	5000	3765	249	2660	253	25,22	341	5,12	6	6	5 1/2	5	5	5
Flensburger Dampfercompagnie	31./12.	4000	—	1360	518	75	6,66	432	11,03	20	20	15	0	0	0
Ozean Dampfer-A.-G., Flensburg	31./12.	2400	—	726	253	75	7,21	392	21,42	20	20	10	0	0	0

2) Gegründet 14. 6. 16. 3) Erhöht seit letzter Bilanz um 500 000 M. 4) Erhöht seit letzter Bilanz um 6 Mill. M. 5) Erhöht seit letzter Bilanz um 10 Mill. M.

6) Stammkapital ferner unkündbares Darlehen der Gesellschafter 50 Mill. M. 7) Gegründet 21. 11. 16. 8) Erhöht seit letzter Bilanz um 600 000 M. 9) Erhöht seit letzter Bilanz um 330 000 M. 10) Hypothekendarlehen 4% 426,63 1/2% 1052 Mill. M. 11) Erhöht seit letzter Bilanz um 2 Mill. M. auf junge Aktien 10%. 12) Erhöht seit letzter Bilanz um 1,2 Mill. M. auf junge Aktien 10%.

Schifffahrt und Schiffbau

England

Verkauf von Standardschiffen. Das kürzlich gemeldete Gerücht, daß die englische Regierung eine erhebliche Anzahl Standardschiffe an ein von den führenden Schifffahrtsgesellschaften gebildetes Konsortium abgestoßen habe, ist jetzt mit näheren Einzelheiten bestätigt worden. Danach hat das Konsortium von der englischen Regierung etwa 137 im Bau befindliche Standardschiffe erworben. Es handelt sich dabei um Schiffe von über 5000 Tonnen Tragfähigkeit, und der Kaufpreis beträgt mehr als 20 Mill. £. Das Konsortium sagt in seiner Mitteilung von diesem Ankauf an das Schifffahrtsamt u. a.: „Englische Schiffsreeder, welche einen oder mehrere dieser Dampfer zu kaufen wünschen, werden gebeten, einen dementsprechenden Antrag zu stellen. Die verkauften Schiffe werden dem Käufer unter denselben Bedingungen übergeben, wie sie zwischen dem Konsortium und der Regierung vereinbart sind. Die Schiffe werden dem Antrag entsprechend und unter Berücksichtigung der von den Antragstellern erlittenen Kriegsverluste möglichst gleichmäßig und gerecht verteilt werden. Das Konsortium verbindet mit diesem Ankauf und Wiederverkauf der Standardschiffe keinerlei Gewinn-Absichten, noch wird es bei der Verteilung der Schiffe die ihm nahestehenden Schifffahrtsgesellschaften in irgend einer Hinsicht bevorzugen. Anträge auf Überlassung von Dampfern sollen möglichst bis zum 24. Januar eingereicht werden. Hiergegen erfolgt die Übergabe der Verkaufsliste mit allen Einzelheiten, auf Grund deren die Überlassung eines besonderen Schiffes beantragt werden kann. Es ist mit der Regierung vereinbart, daß die von uns gekauften und von uns wiederverkauften Standardschiffe nicht zu Blaubuch-Frachten requiriert werden dürfen. Liegt für die Regierung die Notwendigkeit vor, solche Schiffe im nationalen Interesse zu chartern, so müssen die Bedingungen der Charter gegenseitig vereinbart werden. In sonstiger Hinsicht unterstehen die Schiffe denselben Bedingungen wie die übrige britische Handelsflotte, d. h., sie sind der Frachten-Kontrolle unterworfen und gehalten, auf Anordnung Regierungstransporte zu den den anderen Dampfern zugestandenen Frachten zu befördern.“

Nach seiner eigenen Versicherung verfolgt also das Konsortium keinerlei Gewinn-Absichten, und der Anlaß für die Transaktion ist darin zu suchen, daß durch sie die wirtschaftliche Freigabe der englischen Schifffahrt beschleunigt und die Gefahr des staatlichen Betriebes der Standardschiffe beseitigt wird. Die Zahl der verkauften Schiffe ist mit „etwa“ 137 Schiffen angegeben, weil es den Werften bis zum 5. Februar freistand, ihre Kontrakte mit dem Schifffahrts-Ministerium aufzuheben, dem Ministerium die geleisteten Anzahlungen zurückzuerstatten und dann die Schiffe für eigene Rechnung zu vollenden und zu verwerten. Nach Lage der Dinge kann damit gerechnet werden, daß seitens der Werften von dieser ihnen zustehenden Option nicht in nennenswertem Umfange Gebrauch gemacht werden wird. Gerüchtesweise verlautet weiter, daß mit einer anderen Gruppe ähnliche Verhandlungen schweben, welche die Übernahme der kleineren Standardschiffe von weniger als 5000 Tonnen Tragfähigkeit zum Ziel hat.

Es mag bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen werden, daß die Reederei-Aufkäufe seitens der Morgan-Gruppe im Jahre 1901 bisher die größte im Schifffahrts-Geschäft verzeichnete Transaktion waren. Damals wurden für den Erwerb der Oceanic Steam Navigation Company, der Mississippi and Dominion Steamship Company, Limited, der British and North Atlantic Company und F. Leyland and Company 6831 200 £ bezahlt; das ist nur etwa 1/3 der für die 137 Standardschiffe vereinbarten Kaufsumme. *Hb.*

Das Ende der Staatswerften. Eine amtliche Bekanntgabe des Schifffahrts-Amtes von Ende Januar besagt, daß die Staatswerften in Chepstow, die nur als Kriegsnotwendigkeit gedacht waren, durch den Waffenstillstand überflüssig geworden seien und nur so weit ausgebaut und in Betrieb gehalten werden sollen, als es bis zu ihrer möglichst vorteilhaften Abstoßung unbedingt nötig ist. Gleichzeitig werden Personen oder Gesellschaften, welche die Werften käuflich erwerben wollen, aufgefordert, sich mit dem Schifffahrts-Ministerium in Verbindung zu setzen.

Werftverkauf. Eine der früheren englischen Schifffahrtsgesellschaften, deren Namen noch nicht genannt wird, soll

durch Erwerb der Aktien-Majorität die Werft von Ww. Doxford & Sons Ltd., Sanderland, erworben oder wenigstens die Kontrolle des Unternehmens an sich gebracht haben.

Vereinigte Staaten

Internationale Heuersätze. Über die Mittel und Wege, die die amerikanische Regierung zu wählen habe, um ihrer während des Krieges geschaffenen, kostspieligen Handelsflotte die künftige Wettbewerbsfähigkeit zu sichern, ist man zurzeit in den Vereinigten Staaten recht geteilter Ansicht. Heiß entbrannt ist insbesondere der Streit um die richtigen Maßnahmen, die die nachteilige Belastung der amerikanischen Reeder durch die bisher von amerikanischen Häfen gültigen höheren Heuersätze beseitigen und die für den Wettbewerb mit anderen Flaggen unerläßliche gleiche Grundlage schaffen könnten. Das Schifffahrtsamt hofft dieses Ziel auf diplomatischem Wege zu erreichen, und die Europareise seines Leiters galt nicht zuletzt dem Zweck, mit den verbündeten Regierungen, insbesondere den britischen Behörden, über diese Fragen zu verhandeln. Die Reeder haben wenig Vertrauen zu diesen Bemühungen, die sie für aussichtslos halten; sie erwarten wirksame Hilfe von direkten Zuwendungen aus der Staatskasse, die den Ausgleich zwischen ihren Heuersätzen und den der fremden Flaggen bringen müßten, sowie von einer gründlichen Revision der vor dem Kriege erlassenen Seemannsakte, deren lästige Bestimmungen ihnen angeblich jede Konkurrenzmöglichkeit nehmen. Die Vertreter der Seamen's Union endlich erblicken gerade in der Seemannsakte das wirksamste Mittel, zu gleichen Heuersätzen im internationalen Schiffsverkehr zu kommen. Sie machen geltend, daß die vielumstrittene Klausel der Akte, die der Besatzung jedes einen amerikanischen Hafen anlaufenden Schiffes das Recht gibt, von dem Kapitän die Auszahlung der Hälfte der bis zu diesem Zeitpunkt verdienten Heuer zu verlangen und, falls diesem Ersuchen nicht entsprochen wird, den eingegangenen Heuervertrag als aufgelöst anzusehen, auf die fremden Flaggen mit der Absicht ausgedehnt worden sei, die fremden Seeleute zum Verlassen ihres Schiffes zu ermutigen und damit die Schiffsleitung zu zwingen, Ersatzleute zu den höheren amerikanischen Heuern anzumustern. Wie sehr diese Bestimmung den erwünschten Ausgleich der Heuersätze gefördert habe, gehe aus dem Umstand hervor, daß noch 1914 auf den von New York und anderen amerikanischen Häfen fahrenden Schiffen unter holländischer Flagge für Seeleute 20–30 \$, unter dänischer und schwedischer 20 \$, unter amerikanischer Flagge aber 30–40 \$ gezahlt wurden, während jetzt alle den gleichen Satz von 75 \$ haben. Wollte man also die gewünschte „Standardization“ der Heuern erreichen, so solle man diese Bestimmung der Seamen's Act nicht nur unangetastet lassen, sondern deren Wirkungen durch Schaffung besonderer Einrichtungen zur Aufklärung der fremden Seeleute über die ihnen durch das Gesetz zustehenden Rechte noch verstärken.

Besondere Beweiskraft wird man dieser Argumentation nicht beimessen können, denn es ist ohne weiteres ersichtlich, daß das amerikanische Gesetz (falls es nicht durch Bestimmungen der zwischen der Union und den verschiedenen Ländern bestehenden Schifffahrtsverträge durchbrochen wird) höchstens auf die Heuern der auf Amerika fahrenden Schiffe einwirken kann, nicht aber auf die im sonstigen Weltverkehr gültigen Sätze. Man wird überhaupt im Zweifel sein können, ob die Höhe der Heuersätze wirklich eine so ausschlaggebende Bedeutung für die größere oder geringere Konkurrenzfähigkeit der amerikanischen Schiffe hat wie vielfach behauptet wird. Auf amerikanischen Frachtdampfern pflegen die Mannschaftslöhne nach amerikanischen Feststellungen nicht mehr als 4–15% der Schiffsunkosten auszumachen. *A. K.*

Schiffbau an den Großen Seen. Die „Großen Seen“ erweisen sich immer mehr als ein Schifffaubidrikt von recht beträchtlicher Ergiebigkeit. Anstatt der vor dem Kriege dort vorhandenen wenigen großen Werften, auf denen durchweg Schiffe für den Verkehr auf den Binnenseen gebaut wurden, sind jetzt 21 Werften mit 110 betriebsfertigen und 15 weiteren noch im Bau befindlichen Hellingen in Tätigkeit. Ihre Arbeiterzahl beträgt nach neuester Zählung 31 000 Mann. Die führenden Schiffbaugesellschaften sind die American Shipbuilding Co. mit Werften in Chicago, Wyandotte, Cleveland, Superior und Lorain und die Great Lakes Engineering Works in Ecorse und Ashtabula. Gebaut werden durchweg Stahlschiffe in der Größe von 3000–5000 t dw und zwar meistens Fracht-

dampfer von 250 Fuß Länge, 40 Fuß Breite und 8 Fuß Mindesttieftgang. Der Typ wurde zu Anfang des Krieges von den Norwegern eingeführt, die ihn bisher in England bauen ließen und nach Inanspruchnahme der britischen Werften durch die Regierung ihre Aufträge an die amerikanischen Werften an den Großen Seen gaben. Bei Beschlagnahme der Neubauten auf den amerikanischen Werften (August 1917) ging eine Anzahl dieser Schiffe in den Besitz des amerikanischen Schiffahrtsamtes über, das nun weitere des gleichen Typs bestellte. Die erste Lieferung der Großen Seen für den Küstenverkehr waren 21 Dampfer von 77 400 t dw, von denen mehrere zerlegt werden mußten, um durch den Wellandkanal gebracht zu werden. Seit Übernahme der Neubauten (also innerhalb des 15monatlichen Zeitraums vom 3. August 1917 bis 1. Nov. 1918) sind dann 160 Schiffe mit 534 535 t dw von den Werften für das Schiffahrtsamt fertiggestellt worden. Die Bedeutung dieses Bauergebnisses wird klar, wenn man sich erinnert, daß die Produktion der gesamten amerikanischen Werften an Dampfern über 1500 t dw betrug:

1913		31	Schiffe von 190 354 t dw
1914		19	" " 159 588 "
1915		19	" " 169 540 "
1916		38	" " 285 555 "

Oder wenn man vergleicht, was in den verschiedenen großen Schiffbauindustrien der Vereinigten Staaten während des gleichen Zeitraums an fertigen Neubauten für die U. St. Emergency Fleet geliefert worden ist, nämlich:

Pazifikküste		192	Schiffe von 1 340 085 t dw
atlantische Küste		111	" " 780 090 "
Große Seen		160	" " 534 535 "
Golfküste		13	" " 47 200 "
(Japan)		(11)	" " (90 860 ")

Zusammen... 487 Schiffe von 2 792 770 t dw.

Nahezu der fünfte Teil des für das Schiffahrtsamt auf amerikanischen Werften gebauten Frachtraums entfällt also auf die Großen Seen. Ein Beweis der beträchtlichen Leistungsfähigkeit dieser Werften sind auch die oft erstaunlich kurzen Bauzeiten. Während die Herstellung eines Frachtdampfers von dem im Verkehr auf den Seen gebräuchlichen Typ vor dem Kriege 6—12 Monate in Anspruch zu nehmen pflegte, wird jetzt berichtet, daß ein 3500 Tonnendampfer von den Great Lakes Engineering Works zu Ecorse in 34 Tagen, ein anderer gleicher Größe in 84 Tagen vollendet werden konnte. Die meisten der von den Großen Seen gelieferten Dampfer sind in der Kohlenfahrt nach den Neu-Englandplätzen, im Westindienverkehr und in der sonstigen größeren Küstenfahrt beschäftigt, einige wurden auch nach Europa gebracht und in die Kohlenfahrt England-Frankreich eingestellt. A. K.

Abbau der Regierungskontrolle im Schiffbau. Das Schiffahrtsamt hat den Holzschiffwerften den Bau für private und zwar sowohl einheimische wie fremde Rechnung freigegeben. Den Stahlschiffwerften sind Privatbauten vorerst nur für einheimische Rechnung erlaubt. Aufträge fremder Besteller auf Stahlschiffe bedürfen also nach wie vor der behördlichen Genehmigung.

Nachrichten aus Washington zufolge beabsichtigt das Schiffahrtsamt den Bau von Stahlschiffen für Fremde erst nach Unterzeichnung der Friedensverträge freizugeben, da Wilson in den Diensten, die der amerikanische Stahlschiffbau bei der künftigen Wiederherstellung des Weltverkehrs zu leisten bestimmt ist, eins der wirksamsten Machtmittel seiner Politik des Völkerbundes sieht. Ob die Rolle, die dem amerikanischen Schiffbau bevorsteht, wirklich von solcher Bedeutung sein wird, daß sie diese Anschauung rechtfertigt, erscheint indessen recht zweifelhaft. Schließlich wird die größere oder geringere Inanspruchnahme der amerikanischen Stahlschiffwerften durch fremde Besteller von der Höhe der Baukosten abhängen und gerade in diesem Punkte dürften die Amerikaner künftig einen recht schweren Stand haben. Fairplay teilt in seiner neuesten Nummer mit, daß die Kosten der auf amerikanischen Werften für das Schiffahrtsamt im Bau befindlichen Frachtdampfer, die man auf 187 \$ per t dw veranschlagt hat, infolge der den Arbeitern bewilligten höheren Löhne jetzt bereits um 100 \$ per t verteuert worden seien, und daß der Preis der fabricated ships, der ursprünglich etwa 185 \$ per t dw betrug, sich jetzt bereits auf nahezu 300 \$ stellt. Wenn dies zutrifft, so dürfte die Zahl der fremden Besteller für die nächste Zeit kaum sehr beträchtlich sein. A. K.

Umstellung des Schiffbauprogramms der Vereinigten Staaten auf die Bedürfnisse der Friedenszeit. Der Waffenstillstand

und die Demobilisierung haben die amerikanische Regierung vor die Notwendigkeit einer gründlichen Änderung ihres Schiffbauprogramms gestellt. Von dem jetzigen Generaldirektor der Emergency Fleet Corporation Mr. Piez wird dem Senat empfohlen, die Aufhebung von Schiffbaukontrakten im Betrage von 1½ Mill. Tonnen deadweight gutzubeißen. Unter die aufzuhebenden Bauaufträge fallen insbesondere die Bestellungen auf hölzerne Schiffe. Ursprünglich waren deren 731 bestellt, von ihnen sind nur ca. 100 bisher geliefert worden, die jetzt zumeist in der Salpeterfahrt von Chile, sowie im Verkehr mit Hawai und Westindien beschäftigt sind. Sie haben sich so wenig bewährt (zu wenig Ladefähigkeit, hohe Betriebskosten, verhältnismäßig zahlreiche Besatzungen), daß sie jetzt vom Schiffahrtsamt aus dem Verkehr herausgezogen und verkauft werden sollen. Das Bauprogramm der Regierung würde nach Absetzung der 1½ Mill. Tonnen d. w. noch 13 Mill. Tonnen d. w. oder ca. 9 Mill. Br.-Reg. T. umfassen. In Zukunft sollen davon jährlich noch 2 Mill. Tonnen, das wären etwa 40 % der Gesamtbauleistung der amerikanischen Werften, fertiggestellt werden.

Auch sonst scheinen manche Änderungen der bisher in Auftrag gegebenen Schiffe beabsichtigt zu werden. So hat nach neueren Nachrichten das Schiffahrtsamt die Werften an der atlantischen und pazifischen Küste angewiesen, den Bau von Schiffen mit insgesamt 1 Mill t d. w., deren Kiellegung noch nicht erfolgt ist, vorläufig noch zurückzustellen, da neue Untersuchungen über die für den Friedensbedarf bestgeeigneten Typen im Gange seien. Weiter ist das Schiffahrtsamt bestrebt, eine Herabsetzung der Baukosten durch größere Vereinheitlichung der Schiffstypen herbeizuführen. Man hofft, auf diesem Wege innerhalb des laufenden Jahres eine Verringerung der durchschnittlichen Baukosten per t d. w. von 225 auf 170 \$ zu erreichen. Nach den kürzlich abgeschlossenen Untersuchungen des Senatskomitees stellen die durchschnittlichen Baukosten sich gegenwärtig in England auf 140 \$, das sind 15 \$ mehr als in den Vereinigten Staaten bei Ausbruch des Weltkrieges. A. K.

Verkäufe von staatlichen Schiffen in Amerika. Nach einer Mitteilung des Schiffahrtsamtes sollen die bisher gelieferten Holzdampfer vom Ferris Typ (3500 t d. w.), die sich als wenig brauchbar erwiesen haben, an Private verkauft werden. Der Preis des einzelnen Schiffes ist auf 700 000 \$, also 200 \$ per t d. w. festgesetzt worden. Trotz der starken Nachfrage nach Tonnage scheint die Kaufneigung der amerikanischen Privatreefer sehr gering zu sein. Der Preis wird als zu hoch angesehen, denn man glaubt nach den mit diesen Schiffen bisher gemachten Erfahrungen mit hohen Betriebsausgaben und häufigen Reparaturen rechnen zu müssen. Die Schiffe haben nur eine Ladefähigkeit von 2800 t und eine verhältnismäßig hohe Besatzung von 40 Mann. Auch für den Ankauf von „fabricated ships“, der allerdings von der Regierung noch nicht freigegeben ist, scheint in den Kreisen der Privatreefer wenig Neigung vorhanden zu sein. Eine auswärtige Regierung soll dem Schiffahrtsamt ihre Bereitwilligkeit erklärt haben, von den ersten 50 auf Hog Island gebauten Schiffen 25 für eine Summe von 42 Mill. \$ oder 225 \$ per t d. w. abzukaufen. Über die Baukosten dieser Schiffe hat Mr. Piez kürzlich mitgeteilt, daß das erste Schiff etwa 324 \$ per t d. w. kosten wird, daß sich aber mit den weiteren Schiffen die Kosten ermäßigen, sodaß von dem 25. Schiff an sich der Kostenbetrag auf 212 \$ per t d. w. stellen wird. A. K.

• Sonstiges.

Kriegsveränderungen im Dampferbestand der verschiedenen Flaggen. In einer Zuschrift an den Herausgeber von Fairplay gibt ein „ehemaliger Präsident der Schiffahrtskammer“ folgende interessante Aufstellung über Tonnageverluste oder -gewinne der Dampferflotten der verschiedenen Nationen während des Krieges:

	Juli 1914	Okt. 1918	Br. Reg. T. Zu- od. Abnahme	%
Großbritannien	18 892 089	15 031 375	— 3 860 714	— 20,4
Britische Kolonien	1 631 617	1 828 561	+ 196 944	+ 12,1
	20 523 706	16 859 936	— 3 663 770	— 17,9
Vereinigte Staaten	2 069 637	5 116 521	+ 3 046 884	+ 147,2
Belgien	341 025	189 963	— 151 062	— 44,3
Brasilien	307 607	508 245	+ 200 638	+ 65,2
Dänemark	770 430	612 940	— 157 490	— 20,5
Holland	1 471 710	1 030 137	— 441 573	— 30,0
Frankreich	1 922 286	1 536 730	— 385 556	— 20,0

Griechenland.....	820 861	259 174	—	561 687	—	68,4
Italien	1 430 475	989 575	—	440 900	—	30,8
Japan	1 708 386	2 039 794	+	331 408	+	19,4
Norwegen	1 957 353	1 414 927	—	542 426	—	27,7
Spanien	883 926	671 425	—	212 501	—	24,0
Schweden	1 015 364	810 489	—	204 875	—	20,2

Die Ziffern sind nach den Anschreibungen vom Lloyds

Register zusammengestellt. Für die Vereinigten Staaten ist der Vergleichbarkeit wegen nur der Bestand an Seedampfern angegeben, Fluß- und Binnenseedampfer sind unberücksichtigt geblieben. Die während des Krieges beschlagnahmten deutschen Dampfer werden vom Lloyds Register dem Dampferbestand der verschiedenen Ententeländer zugerechnet (s. Brasilien).

A. K.

Rohstoffe und Warenmärkte

Baumwolle

Von der Bremer Firma Knoop & Fabarius erhielten wir aus dem Bericht eines Liverpooler Baumwollhauses einen Auszug, den wir unserm Baumwollbericht in Nr. 7 leider nicht mehr beifügen konnten. Es heißt darin:

In England hätten die Berichte, daß Amerika große Anstrengungen mache, die Führung des Welthandels in Baumwollgarnen und Geweben England zu entreißen, gewisse Beruhigung hervorgerufen; es herrsche jedoch die Ansicht vor, daß man sich in Lancashire nach dieser Richtung hin keine zu große Sorge zu machen brauche, denn die Welt sei „groß genug für alle“ und Lancashire werde für immer das wichtigste Produktionsgebiet der ganzen Welt für die besseren Baumwollfabrikate bleiben. In Verbindung hiermit sei ein Vergleich zwischen Englands und Amerikas Spindelzahl und Baumwollverbrauch interessant. Im Jahre 1912/13 habe England bei 50 Mill. Spindeln 3 280 000 B. Baumwolle verbraucht, Amerika bei 30 1/2 Mill. Spindeln 5 500 000 B. Baumwolle.

Wenn nun auch zugegeben werden muß, daß Lancashire wohl noch auf lange hinaus seine Führerschaft in bezug auf Baumwollgarn- und Gewebe Produktion behaupten wird, so glauben wir auf der anderen Seite doch, daß Amerika das Ziel, England diese Führerschaft streitig zu machen, unentwegt im Auge behalten und energisch verfolgen wird. Ob ihm dies gelingt, wird indessen unserer Überzeugung nach ganz und gar von der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkte und der Entwicklung der Lohnverhältnisse abhängen. So wie die Dinge heute liegen, ist noch gar nicht abzusehen, ob auf diesem Gebiete England nicht in absehbarer Zeit sich größeren Schwierigkeiten gegenüber sehen wird als Amerika, und wenn das der Fall, kann letzteres nach dem enormen wirtschaftlichen Aufschwung, den es während des Krieges genommen, auch hier als Sieger hervorgehen.

Der erwähnte Bericht meldet weiter über die Lage in Liverpool: die Importeure seien nicht in der Lage, die von Amerika geforderten hohen Preise anlegen zu können. Zudem sei ein starkes Sinken der hoch geschraubten Frachtraten in naher Zeit unausbleiblich. Die Nachfrage sei in der letzten Zeit schleppend gewesen und die Fabrikanten seien abgeneigt, ihre Vorräte an Garnen und Geweben zu vergrößern, d. h. weiter auf Lager zu arbeiten. In Amerika seien einzelne Fabriken drauf und dran, den Betrieb auf 5 bis 5 1/2 Tage pro Woche zu beschränken.

Was die statistische Lage Liverpools anbelange, so sie dieselbe in bezug auf die Versorgung außerordentlich stark. Zwar glaube man in Amerika sowohl wie in England annehmen zu sollen, daß die erwartete starke Nachfrage sich angesichts der schwierigen Beförderungsfrage nur langsam entwickeln werde; aber wenn diese Nachfrage in absehbarer Zeit eine lebhaftere werden sollte, würde sie Liverpool angesichts der

Tatsache, daß von dem vorhandenen Vorrat nur wenige tausend Ballen unverkauft seien, in einer höchst prekären Lage finden!

Am 3. Februar ds. Js. ist ein neuer Terminkontrakt in Liverpool in Kraft getreten mit der Basis fully middling anstatt middling. Diese neue Basis gilt für Abschlüsse für Lieferungen vom Mai ds. Js. an.

Für die neue Ernte rechne man mit einer stark vergrößerten Anbaufläche.

Leider fehlt in Verbindung hiermit jede Bemerkung über die vorhandenen Arbeitskräfte, ein Punkt, der doch unter jetzigen Verhältnissen von besonders großer Bedeutung ist.

Außerordentlich interessant sind dann noch die Schätzungen der Produktionskosten von Baumwolle im Süden.

Von einem New Yorker Statistiker würden dieselben wie folgt angegeben:

1914	1915	1916	1917	1918
ca 8 cts.	12 cts.	18 cts.	20 cts.	23 cts. per lb.;
von Memphis aus würden dieselben auf über 20 cts., von Houston auf 25 cts., von Montgomery auf 21 cts. geschätzt, und als allgemeine Schätzung könne man wohl rund 20 cts. annehmen.				
Das sind trübe Augenblicke für die nähere und auch fernere Zukunft, denn, wenn schließlich der doch unausbleibliche Umschwung, die naturnotwendige Rückkehr zu normalen Verhältnissen eintreten wird, werden heftige Erschütterungen auf den Märkten dem Handel und der Industrie von Neuem wieder schwere und schwierige Zeiten bereiten.				

Öle, Ölsaaten, Ölfrüchte

Dem Marktbericht der Firma Gustav Lipschütz, Hamburg, v. 30. 1. entnehmen wir:

Londoner Palmöl-Statistik (tons)					
Vorräte Ende d. J.		Anfahren		Ablieferungen	
1918	1917	1918	1917	1918	1917
4393	160	6706	1127	2473	1062

In England sind die Regierungsdreise von £ 26.— für Palmkerne und £ 45.— für Palmöl basiert auf eine Fracht von £ 5.— je ton für Kerne und £ 6.— je ton für Kerne von Kongohäfen, weiter £ 7.— je ton für Palmöl und £ 8.— je ton für Öl von Kongohäfen. — Bei niedrigerer Fracht werden vorstehende Preise entsprechend reduziert. Diese Bestimmung gilt vom 14. Dez. 1918 ab.

Am Markt in Liverpool und London herrschte in letzter Zeit ruhige Stimmung, weil die meisten abwarten wollen, wie sich die Friedensunterhandlungen und die Verschiffungsmöglichkeiten entwickeln.

Die Zufuhren von Palmkernen und Palmöl waren für alle Nachfrage genügend. Die Mühlen sind vollauf beschäftigt.

Kokosöl, Erdnußöl, Rizinusöl, Kopra, Kokoskuchen, Java. Erdnußkerne sind unverändert wie in unserm letzten Bericht.

Vermischtes

Deutsch-holländischer Wirtschaftsverkehr. Der Wirtschaftsverband für den Deutsch-Niederländischen Handelsverkehr (Niederländische Kaufmannsgilde) schreibt uns:

In letzter Zeit wird in der Handelswelt gesprächsweise und neuerdings auch durch Tagesblätter das Gerücht verbreitet, die Entente habe den holländischen Kaufleuten den Abschluß von Kaufverträgen usw. mit deutschen Firmen verboten. Diese Behauptung, die in solcher Form jeder Grundlage entbehrt, ist geeignet, die deutsch-holländischen Handelsbeziehungen aufs Empfindlichste zu schädigen. Zur Aufklärung diene folgendes: Die Entente hat die gegen Deutschland verhängte Blockade noch nicht aufgehoben; holländische Firmen, die über See importieren oder exportieren, sind daher den

Kontrollbestimmungen der N. O. T. (der holländischen „S. S. S.“) wie bisher unterworfen, d. h. ihr Handel mit den Zentralmächten unterliegt, wie im Kriege, gewissen Beschränkungen. Ebenso wie während des Krieges umfangreiche Lieferungen in einer Reihe von Artikeln nach Holland von deutscher Seite aus stattfanden, ist dies auch jetzt möglich, ja sogar noch in erhöhtem Maße durch die Erleichterung der Ausfuhrbestimmungen. Deutsche Kaufleute, die in Holland benötigte Waren zu verkaufen haben, sollten sich demnach durch die Verbreitung derartiger Gerüchte von der Wiederaufnahme der Geschäftsbeziehungen mit Holland nicht abhalten lassen. Es sei jedoch nachdrücklich darauf hingewiesen, daß es zwecklos und gefährlich ist, heute die Ein-

reiseerlaubnis nach Holland zu beantragen, um neue Geschäftsverbindungen anzuknüpfen oder um sich allgemein dort über die Lage auf dem Weltmarkt zu orientieren. Hierfür ist es entschieden zu früh. Außerdem wird durch die übergroße Zahl derartig nutzloser Anfragen deutschen Kaufleuten, an deren Einreise ein Interesse vorhanden ist, die Erteilung der Erlaubnis erschwert, und besteht heute schon die Gefahr, daß Holland auf Grund dieser zwecklosen Überflutung dem Beispiel der Schweiz folgen wird und die Erteilung der Einreiseerlaubnis für den deutschen Kaufmann zur Ausnahme macht. Im deutschen Interesse ist es, sich hier Beschränkungen aufzulegen, damit das Absatzgebiet für wirklich benötigte Waren in Holland erhalten bleibt.

Die Goldküste gegen den Palmkernausfuhrzoll. Im Jahre 1916 ließ Bonar Law (der damalige Kolonialsekretär), ohne das Parlament zu fragen, in den westafrikanischen Besitzungen ein Gesetz vorbereiten, das auf eine Tonne Palmprodukte einen Ausfuhrzoll von 2 £ legte, der zu erstatten war, wenn der Nachweis erbracht wurde, daß die Güter in das britische Reich eingeführt oder daselbst verarbeitet wurden. Diese Maßnahme rief s. Zt. im Unterhaus eine lebhafte Debatte hervor, die zum Ausdruck brachte, daß dies Gesetz eine plumpe Bevorzugung bedeute zu dem Hauptzweck, in Großbritannien ein Monopol zu schaffen, und daß es zweifellos Gegenmaßregeln seitens Frankreichs, Belgiens und der anderen Alliierten hervorrufen würde. Während des Krieges ruhte dann auch infolge dieser Debatte die Angelegenheit, bis vor kurzem in einigen westafrikanischen Besitzungen der Zoll erhoben werden sollte. So hat sich die gesetzgebende Körperschaft der Goldküste mit dieser Angelegenheit befaßt und das Gesetz verworfen, trotz des Widerstandes sämtlicher beamteten Mitglieder, wodurch der Gouverneur lt. Manchester Guardian v. 7. 1. 19 sich veranlaßt sah, das Gesetz vorläufig außer Kraft zu setzen, bis er weitere Instruktionen vom Kolonialsekretär erhalten hätte.

Ölexport aus Spanien. Durch Verfügung des Versorgungsministeriums (ministerio de Abastecimientos) ist für das Jahr 1919 der Höchstbetrag des zur Ausfuhr zugelassenen Öls auf 90 Mill. kg festgesetzt.

Die Ausfuhrbewilligung wird vom Versorgungsamt innerhalb der zulässigen Grenzen auf Antrag erteilt gegen die gleichzeitig einzureichende Verpflichtung des Exporteurs, die Hälfte der zur Ausfuhr bestimmten Menge zu Höchstpreisen zur Verfügung des Versorgungsamts für den einheimischen Konsum zu halten.

Die Exporteure haben eine Ausfuhrabgabe von 25 Pesetas auf 100 kg für Öl in Fässern und von 20 Pesetas für Öl in Flaschen oder Blechpackung zu entrichten.

Für den inneren Markt sind durch königlichen Erlaß vom 13. Januar folgende Höchstpreise für 11,5 kg Öl festgesetzt:

Aceites finos	(Höchstgehalt an Säure 1 Grad)	17,50 Pes.
„ corrientes. („ „ „ 1—3 „)		15,— „
„ industriales („ „ „ über 3 „)		13,25 „

Hierzu kommt ein Zuschlag je nach Transportkosten sowie ein Händlergewinn von 10 %.

Die Ausfuhr von Olivenöl ist von 81,4 Mill. Pesetas in den ersten 11 Monaten 1917 auf 19 Mill. in der gleichen Zeit 1918 zurückgegangen.

Wichtige Neueingänge

einzusehen im Lesezimmer Rothenbaumchaussee 12, geöffnet von 8-4 Uhr

Allgemeines

„Conférence Parlementaire Internationale du Commerce“. 2 Assemblée plénière. Paris: Alcan 1916. Protokolle der vier Plenarsitzungen.

„Das Valuta-Problem und die Rohstofffrage im Verhältnis zu Mitteleuropa“. 2. Aufl. Von Richard Schwarz. Wien: Manz 1917. 55 S.

Befürwortet die Beschaffung der Rohstoffe durch Zentraleinkauf mehrerer Abnehmerstaaten, um dem Monopol ein Monopol entgegenzusetzen.

„Der Orient-Export“. Praktische Ratschläge für Industriefirmen zu seiner Einrichtung u. Ausgestaltung. Von Wilhelm K. Kubié. München, Berlin, Leipzig u. Schweiz 1918. 134 S.

„Douglas's Encyclopaedia“. A book of reference

for Bacon Curers... and all other industries associated with the meat, pork, provision and general food trades. 2. ed. London: Douglas [um 1905.] 634 S.

Das mit zahlreichen Photogravüren und — leider meist schon mit 1904 abschließender — Statistik ausgestattete Werk geht weit über den Rahmen gewöhnlicher Handelsnachschlagwerke hinaus und bietet daher auch für den Volkswirt eine Fülle reichen Materials.

Deutschland

„Deutschland und der Friede“. Notwendigkeiten und Möglichkeiten deutscher Zukunft, erörtert von G. Bäumer, S. Broedrich [u. a.] unter Mitwirkung von Otto Hoffmann, herausgegeben von Walter Goetz. Leipzig, Berlin: Teubner 1918. VIII, 626 S.

Diese Sammlung von Beiträgen hervorragender Autoren — u. a. seien genannt: Herkner, Oncken, Piloty, Rathgen, Solf, Wygodzinsky — sucht das Bleibende aus den wechselnden Ereignissen hervorzuheben.

„Auswanderung und Auswanderungspolitik“. Von Dr. A. Schulte im Hofe. Berlin, D. Reimer, 1918. 104 S.

Die Schrift hat den Zweck, als Unterlage bei der Beurteilung der Auswanderungsfrage nach dem Kriege zu dienen. Ab- und Zuwanderung Deutschlands im verflossenen Jahrhundert wird mit der Auswanderung anderer Länder verglichen, der Bedarf der Einwanderungsstaaten an Arbeitskräften, deren Verwendung, der Einfluß, den die Abwanderung auf das Mutterland ausübt, die Gründe, die zur Auswanderung treiben, alles das wird eingehend untersucht, namentlich auf Grund des Materials der Zentralauskunftsstelle. Eine ausgezeichnete Karte der Überseeischen Aus- und Einwanderung unterstützt die Ausführungen wirksam. = dt.

„Sechs Millionen verloren! 100 Jahre deutscher Auswanderung nach Übersee 1815—1914“. Von Julius Ligocki. Berlin: Ligocki 1917. 24 S. (Freie Bahn-Bücher.)

„La Question des colonies allemandes. Par René Puaux. Paris & Neuchâtel: Attinger [um 1918.] 48 S.

Eine der Schmäh- und Hetzschriften, die unsere Unwürdigkeit, Kolonien zu besitzen dartun soll. Leider konnte das Material meist den Verhandlungen des Reichstages entlehnt werden. Daß dies s. Z. von wirklich Sachverständigen bereits als Küstenklatsch abgefertigt worden ist, wird natürlich verschwiegen. H. Z.

„Sozialdemokratische Bemerkungen zur Übergangswirtschaft. Von Karl Kautsky. Leipzig: Leipz. Buchdr. A. G. 1918. VIII, 166 S.

„Von der Übergangswirtschaft“. Von Arthur Feiler. Frankfurt a. M.: Frankf. Societäts-Dr. 1918. 93 S.

Aus der Frankfurter Zeitung: Wiederdruck einer Reihe von Aufsätzen, die das Gebiet der Übergangswirtschaft behandeln, und obschon ihre Veröffentlichung zeitlich zurückliegt, sind sie tatsächlich noch immer von der größten Aktualität. Genannt seien an dieser Stelle: Kriegssozialismus und Wirtschaftsfreiheit, Industrielle Selbstverwaltung mit behördlicher Spitze, die Revolution der Preise, und ein Vorschlag für den Umbau des Kohlensyndikats.

„Zwangssyndikate, Monopole u. Steuern“. Von Friedrich Wilhelm Fürst von Ysenburg u. Büdingen. Jena: Diederichs 1918. 35 S. (Deutsche Gemeinwirtschaft. H. 4.)

Eine Reihe von Steuer und Monopolforderungen. Der geringe Umfang der Schrift macht das Beibringen von Statistik und Schätzungen über die Erträge der Steuern unmöglich.

„Die Umgestaltung der deutschen Handelsstatistik“. Von R. van der Borcht. Berlin 1918: Liebheit & Thiesen. 19 S. (Handelspol. Flugschr. H. 16.)

Nach Ansicht v. d. Borchts gibt die deutsche Statistik durch die schematische Berechnung der Durchfuhr auf Grund der Durchfuhranmeldungen ein ganz verzerrtes Bild des deutschen Gesamteigenhandels. Als direkte Durchfuhr sei nur die zu betrachten, welche für Rechnung eines Ausländers geschieht, für Rechnung eines Inländers sei sie als deutscher Zwischenhandel zu betrachten und der Rest als Spezialhandel. Nach diesen Grundsätzen sei die Außenhandelsstatistik zu reformieren. Die Unterbrechung, die der Krieg in der Entwicklung an sich gegeben habe, biete eine hierzu günstige Gelegenheit.

„Die deutschen Kreditbanken im Kriege und nachher“. Von Willi Prion. Stuttgart: Enke 1917. 165 S. (Finanz- u. Volkswirtschaftl. Zeitfragen. H. 44.)

Die umfassende Schilderung der Tätigkeit der 16 führenden Banken kommt zu den folgenden Ergebnissen: Das deutsche Bankwesen ist den Ansprüchen bei Ausbruch des Krieges mit wenigen Ausnahmen gerecht geworden, in seinem Verlauf hat es in vollem Umfang den Bedürfnissen des Reiches, der Staaten und der Kommunen entsprochen, die Solidität der Institute wird durch die geringen Verluste und geringen Rückgänge der Dividenden erwiesen. Eine wesentliche Veränderung haben die Anlagen und Geschäftsmethoden gefunden, vor allem ist durch die Abstoßung älterer Werte viel neues Erwerbskapital in liquide Form gegossen worden, sodaß die Übergangswirtschaft mit ihren wiederum neuen Aufgaben die Banken nicht unvorbereitet finden wird.

„Deutschlands Milch- und Speisefett-Versorgung im Kriege. Von L. Ruge. Berlin: Hobbing 1918. 72 S. (Beiträge z. Kriegswirtschaft. H. 47/48.)

„Die deutsche Diamantenpolitik“. Von Wilhelm Frhr. von Humboldt-Dachroeden. Jena: Fischer 1918. V, 166 S. [Literaturverz.]

Die im Juni 1914 abgeschlossene Straßburger Dissertation enthält eine reiche Fülle von hochinteressanten wirtschaftlichen und politischen Materials.

Andere Länder Europas.

„The Resources of the Empire“. By J. Watson Grice. London: Allen & Unwin 1917. 64 S. (Internat. Information Series. British Empire Section. Vol. 1.)

Das große Gebiet kann bei dem nur geringen Umfang des BÜchleins natürlich nur kursorisch behandelt werden. Immerhin ist es zur raschen Orientierung sehr geeignet.

„... Report of the Commissioners of His Majesty's Customs and Excise“ being the 61st report relating to the customs and the 60st report relating to the excise. London: Stat. Off. 1918. [Cd. 8938.]

„The mercantile Year Book and Directory of Exporters in London“, Manchester ... Ed. by Walter Lindley Jones. 32. London: Lindley Jones 1918.

„Board of Agriculture and Fisheries. Annual Report on sea fisheries for the year 1914“. London: Wyman 1915.

„... Annual Report of the Fishery Board for Scotland“ being for the year 1917. Edinburgh: Stat. Off. 1918. [Cd. 9082.]

„Die belgischen Bodencreditinstitute“. Von Dr. Fritz Schulte. Duncker & Humblot München u. Leipzig 1918. 178 S. (Heft 4 der Veröffentlichungen zur Statistik des Bodenkredits etc., herausgegeben v. Archiv für Bodenkredit d. Bayr. Handelsbank zu München).

Die sorgfältige umfassende Arbeit gibt auf Grund von an Ort und Stelle gemachten Studien eine Darstellung des gesamten Bodenkreditwesens Belgiens. Neben der Schilderung detaillierter Tatsachen, wie die der geschichtlichen und finanziellen Entwicklung der einzelnen Institute, läßt der Verfasser auch den großen volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten, die mit den von ihm behandelten Problemen verknüpft sind, volle Gerechtigkeit zuteil werden.

„Der Antwerpener Hafen und die Pariser Wirtschaftskonferenz“. Aus d. Fläm. übers. von Karl Mittler. Von Max Oboussier. Berlin; Brüssel: Stilke (1917) 129 S. (Schriften d. Deutsch.-fläm. Gesellsch. 2.)

Die das vaterländische Interesse von Antwerpen vertretende, sorgfältige Darstellung sucht den Nachweis zu erbringen, daß Schiffsverkehr und Warenbewegung, Handel und Gewerbe der Stadt auf das deutsche Hinterland angewiesen sind. Für die Ausschaltung des Reiches aber bietet die Pariser Wirtschaftskonferenz keine genügende Entschädigung. Die Gefahr bestehe, daß holländische Häfen Antwerpens Platz einnehmen.

„Flanderns wirtschaftliche Selbständigkeit“. Von Liederik. Deutsch von J. H. Ross. Stuttgart: Metzler 1918. 141 S.

Die Industrielle Erschließung Flanderns, das wirtschaftlich noch auf der Stufe der Agrarstaaten (bei sehr intensivem Betrieb) steht, hat nach Ansicht des Verfassers, im Rahmen der völkischen Eigenart vor sich zu gehen. Dazu sei erforderliche aber auch genügende Voraussetzung die Loslösung von dem „verfranzösischen“ Einfluß von Brüssel und die Entwicklung Antwerpens zu einem Welthandelsplatz, wozu ihm die natürlichen Bedingungen gegeben sind.

„La France pendant la guerre 1914–1918“. [T. 1.2.] Par Gabriel Alphaud. Paris: Hachette 1918. [1.] Avec une préface de Paul Deschanel 2. ed. 1918.

„La Guerre économique 1914–18“. Législation et réglementation douanières. Guide pratique à l'usage des industriels, des commerçants et des fonctionnaires. Par R. Pommereull. Poitiers: Oudin 1918. 462 S.

„Das besetzte französische Gebiet“. Seine Bedeutung für Frankreich u. die Weltwirtschaft, für deutsche und europäische Wirtschaftspolitik. Mit Ausblicken auf Frankreichs gegenwärtige Wirtschaftslage. Mit e. Geleitwort von Frhr. v. Freytag-Loringhoven. Von Adolf Guenther. München u. Leipzig: Duncker & Humblot 1918. IX, 151 S.

Das große Problem der französischen (besetzten) Grenzlande als Standort von Uerzeugung und Industrie, Umschlagplatz und Verkehrsmittelpunkt, seine Bedeutung als Jungbrunnen der französischen Volkswirtschaft wird vom sozialpolitischen und wirtschaftlichen Standpunkt betrachtet; die politischen Probleme treten dabei in den Hintergrund, Statistik wird zur Ergänzung und Bekräftigung der Schlussfolgerungen angeführt.

Ministère du Travail et de la Prévoyance sociale. Statistique générale de la France. Service d'Observation des Prix. „Aperçu des importations principales dans les divers pays, de 1911 à 1913“, avec indication des provenances française et étrangères. Paris: Alcan 1918.

République française. Ministère du Commerce, de l'Industrie. Commissariat des transports maritimes et de la marine marchande. Service des pêches maritimes Office des pêches. „Statistique des pêches maritimes“. Année 1915. Paris: 1918. Impr. Nat.

„Annuario statistico italiano“. Serie 2. Vol. 6. Anno 1916. Roma 1918: XII, 494 S.

„Die wirtschaftliche Lage in Italien vor und während der Kriegszeit“. Von Max Sander. Aus: Berichte über Handel und Industrie. Bd. 23. H. 5. 1918. S. 190–355.

An unsere Leser!

Die Handelskammer Hamburg hat sich entschlossen, den oft geäußerten Wünschen der Kaufmannschaft und den dringenden Forderungen der Zeitlage entsprechend, ein eigenes Organ zu schaffen, das es ihr ermöglicht, der Kaufmannschaft in kürzeren Zwischenräumen als bisher über ihre Tätigkeit und ihre Stellungnahme zu den Fragen der deutschen Wirtschaftspolitik Rechenschaft zu geben. Erscheint uns eine solche Neuerung schon an sich dankenswert genug, so begrüßen wir es mit besonderer Freude, daß die Mitteilungen der Handelskammer, die in zwangloser Folge erscheinen werden, regelmäßig unserer Zeitschrift beigelegt werden sollen. Wir sehen darin ein neues Zeichen für die Enge der Beziehungen, die sich zwischen dem „Wirtschaftsdienst“ und den Kreisen des hamburgischen Wirtschaftslebens angebahnt haben, und empfehlen die „Mitteilungen“ der besonderen Aufmerksamkeit unserer Leser.

Die Schriftleitung
des „Wirtschaftsdienst“.